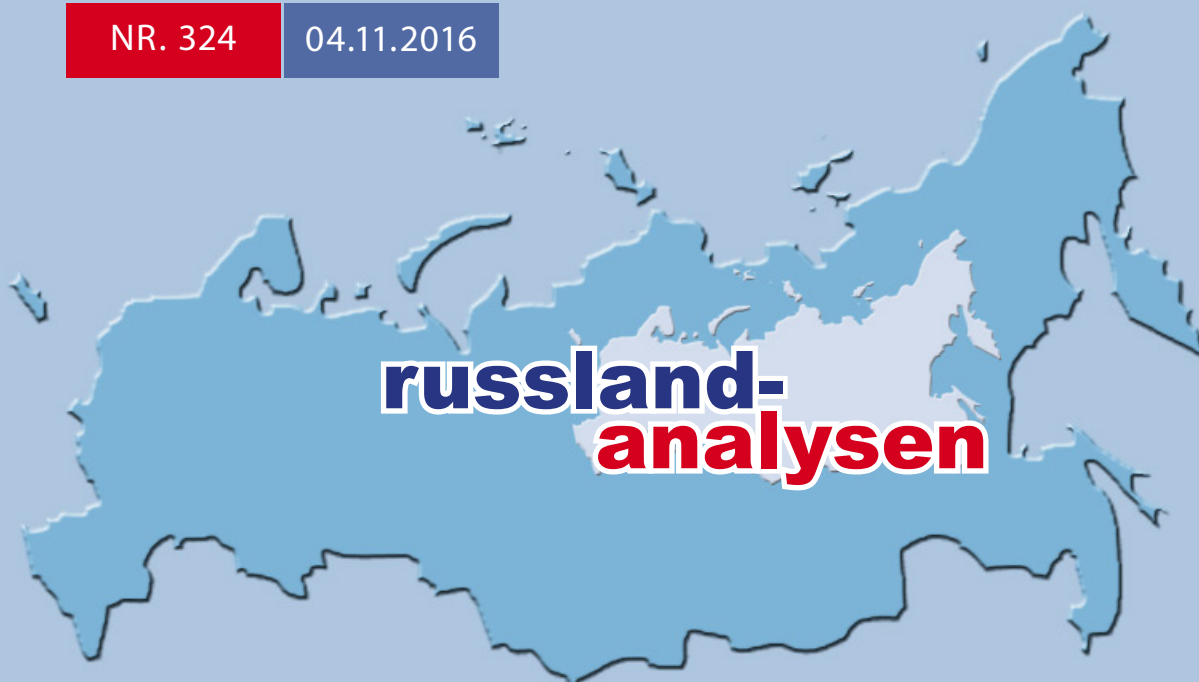



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

STAATLICHE REGULIERUNG DES INTERNET UND (SELBST-)ZENSUR IN DEN MASSEN MEDIEN

■ ANALYSE	
»Unsichtbare rote Linien«: Internet-Regulierung und ihre Konsequenzen für den Online-Journalismus in Russland	2
Anna Litvinenko und Irina Kharuk, Berlin	
■ ANALYSE	
Russische Medien und das Dilemma von Journalisten zwischen <i>Exit</i> , <i>Voice</i> und <i>Loyalty</i>	5
Nozima Akhrarkhodjaeva, Bremen	
■ UMFRAGE	
Medienvertrauen und Wahrnehmung von Zensur	9
Beliebte Informationsquellen und Popularitätsrating russischer Massenmedien	12
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Zensur oder Staatsauftrag? Zur Debatte um Raikin, Kulturpolitik und den Druck der national-konservativen Kräfte	16
Sergey Medvedev, Berlin/Moskau	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Geschichtsdiskussionen als Politikersatz	20
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
21. Oktober – 3. November 2016	23

»Unsichtbare rote Linien«: Internet-Regulierung und ihre Konsequenzen für den Online-Journalismus in Russland

Anna Litvinenko und Irina Kharuk, Berlin

Zusammenfassung

Die Protestbewegung von 2011/2012 hat das Mobilisierungspotential von *Runet*, dem russischen Internet, aufgezeigt. Seitdem hat der russische Staat die Regulierung der digitalen Medien aus dem Embryostadium heraus zu einem wohlentwickelten restriktiven Rahmenwerk ausgebaut. Die neue Internet-Gesetzgebung wird allerdings selektiv angewandt, was einen einschüchternden Effekt auf die gesamte Medienbranche hat.

Der Aufstieg des Internet als Kommunikationsmedium

Die Entwicklung der Internetmedien in Russland lässt sich in sechs Phasen teilen. Die ersten beiden wurden 2002 von Georgy Bovt beschrieben: Die erste währte von den Anfängen bis Ende 1998 mit nur wenigen großen Akteuren. Die zweite dauerte von 1999 bis Anfang der 2000er Jahre und brachte eine Zunahme der politischen Aktivität der Online-Medien (s. G. Bovt: *Internet Media in Russia: A Virtual Duplication of Reality*, in: C. Marsh, K. Gvosdev (Hg.): *Civil Society and the Search for Justice in Russia*, 2002, S. 96–104). Dann folgte die Phase des Booms von Internetinvestitionen von Mitte der 2000er Jahre bis 2008. Während der Präsidentschaft Medwedews (der vierten Phase) erfolgte ein explosionsartiger Anstieg der Verbreitung des Internet, und zwar von 25,4 Prozent im Jahr 2008 auf 52,6 Prozent 2012 (Angaben von »GfK«, <<http://www.gfk.com>>). Gleichzeitig erlebte das *Runet* eine Entwicklung der gesellschaftlichen Online-Aktivität, die in Offline-Aktivismus mündete. Die fünfte Phase war eine Zeit, in der die liberalisierende Rolle des Internet überwog. Das ist auf die Protestbewegung unter dem Slogan »Für faire Wahlen« von 2011/2012 zurückzuführen, die recht überraschend das Mobilisierungspotential des *Runet* aufgezeigt hatte. Eine Reihe von Studien hat die Bedeutung der sozialen Medien für die Proteste herausgestellt, unter anderem die von Facebook (s. i. d. Lesetipps: Bordunova/Litvinenko: *New media...*). Viele Journalisten oppositioneller Online-Medien wurden zu Meinungsführern der Proteste. Der russischen Regierung wurde klar, dass digitale Medien nicht nur eine Handvoll Leute bedeuten, die miteinander chatten, sondern dass sich auch eine reale Offline-Opposition aufbauen kann. Seit Mitte 2012 erlebt das russische Internet seine sechste Entwicklungsphase, nämlich eine schnelle Zunahme der staatlichen Regulierung. Parallel zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise führt das zu einem umfassenden Wandel der digitalen Medienlandschaft und des Online-Journalismus in Russland.

Internet-Regulierung seit 2012

Seit 2012 wurden mehrere Gesetze und Gesetzänderungen verabschiedet, die direkt oder indirekt eine Regulierung des Internets bewirken und die von vielen Experten, Onlinejournalisten und Aktivisten als reaktionär wahrgenommen werden. Das Gesetz zum Schutz der Minderjährigen vor schädlichen Informationen und Sperrung der angeblich »gefährlichen« Webseiten, das so genannte »Antiextremismus-Paket«, das den Status der Blogger geändert hat und ganz aktuell das stark kritisierte »Jarowaja-Paket«, das die Internetanbieter zu einer halbjährigen Speicherung der Verbindungsdaten verpflichtet, allerdings technisch kaum umsetzbar ist, das sind nur einige Beispiele der gesetzlichen Änderungen, die in Russland neue Rahmenbedingungen für die Internetnutzung und Verbreitung der Informationen im Netz schaffen.

Als eines der ersten Gesetze wurde im Juli 2012 das Föderale Gesetz Nr. 139-FZ »Über die Änderung des Föderalen Gesetzes »Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die schädlich für ihre Gesundheit und Entwicklung sind« sowie einzelner Gesetzesakte der Russischen Föderation« verabschiedet. Obwohl es dem Schutz der Jugendlichen vor gefährlichen Informationen wie zum Beispiel über die Herstellung von Drogen, die Anleitung zum Suizid, Kinderpornografie dienen soll, wurde es von einer Reihe NGOs, Medienexperten und Vertretern der Internet-Wirtschaft eher als Instrument für eine mögliche Internetkontrolle und Internetzensur wahrgenommen. Im November 2012 wurde als Ergebnis des Gesetzes eine so genannte »Schwarze Liste der Internetseiten« etabliert, in die alle zu sperrenden Internetseiten eingetragen werden. Das Problem dieses Verfahrens besteht aber darin, dass die Seiten nach IP-Adressen und somit zusammen mit vielen »unschuldigen« Seiten blockiert werden. Laut der Statistik der »Piratenpartei Russlands«, die seit 2012 eine »Chronik der Internetzensur« führt, werden 95 Prozent der Ressourcen unbegründet oder nicht rechtmäßig blockiert (<<https://reestr.rublacklist.net/visual/>>). Trotz großer Kritik an dieser gesetzlichen Norm wurden die

Möglichkeiten für die Sperrung der Internetressourcen noch erweitert. Im Dezember 2013 wurde ein Gesetz unterzeichnet, das eine momentane Sperrung der Seiten mit extremistischen Materialien auf Antrag der Staatsanwaltschaft und ohne vorherigen Gerichtsentscheid erlaubt (die Entscheidung, ob die Informationen tatsächlich einen extremistischen Charakter haben, bleibt sehr unklar und unterscheidet sich von Fall zu Fall).

Das oben erwähnte »Jarowaja-Gesetz« von 2016 stellt eine Fortsetzung der Antiextremismus- und Antiterror-Linie in der Gesetzgebung dar. Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen verändern den Umgang der Mobil- und Internetanbieter mit persönlichen Daten der Nutzer und sind aus technischen Gründen nur schwer umsetzbar. Die Kosten hierfür beeinträchtigen den Gesamtgewinn aller Anbieter, so dass das Anschaffen von notwendigen technischen Kapazitäten zu starken Rückschritten in der Entwicklung der gesamten Internetindustrie führen kann. Außerdem ist nach dem Gesetz eine strengere Bestrafung für das Reposten der Materialien mit pro-terroristischen oder extremistischen Inhalten vorgesehen.

Interessanterweise kann man den Kurswechsel in Bezug auf die Internetregulierung auch in den Stellungnahmen von Offiziellen und Vertretern des Staatsapparates deutlich ablesen. So sprach sich 2010 der damalige Präsident Dmitrij Medwedew für eine weitere freiheitliche Entwicklung der Internetindustrie ohne strikte und »dumme« Regulierung aus: »Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn es [durch die Regulierung des Internets] zu einfach dummen Verboten kommt, wie »geht hier nicht«, »geht dort nicht« [...] Deswegen muss das fein und intelligent« gemacht werden. Die Aussagen russischer Politiker sprechen heute aber eher für mehr strikte Regulierung, da das Internet als Gefahr für die staatliche Stabilität wahrgenommen wird. Besonders nach dem Beginn der Ukraine-Krise neigt die offizielle Debatte rund um das Internet immer mehr zur Verwendung von Begriffen wie »Extremismus«, »schädliche Informationen«, »Desinformationen« und »feindliche antirussische Propaganda im Internet«.

Es ist zu berücksichtigen, dass noch vor fünf Jahren das Niveau der Regulierung des Internet fast bei null lag, so dass Gesetzgeber das Argument benutzten, Russland müsse hier aus Sicherheitsüberlegungen heraus aufholen und das Niveau anderer, auch westlicher Länder erreichen.

Die Zahl der Gesetze ist seit 2012 kontinuierlich gestiegen. Dem Monitoring der Bürgerrechtsorganisation »AGORA« zufolge hat es seit 2008 etwa 286 Gesetzentwürfe zur Kontrolle des Internet gegeben, 57 Prozent davon (162 Gesetzinitiativen) seien aber in den Jahren 2013–2014 vorgelegt worden (AGORA: Swoboda interneta 2015: torshestwo zensury; <https://meduza.io/static/internet_freedom/АГОРА.-Свобода-интернета-2015.pdf>).

Unter anderem aus diesem Grund ist im russischen Netz sogar das Mem »wildgewordener Drucker« zur Bezeichnung der Staatsduma entstanden, weil alle neuen Gesetze sehr schnell und ohne vorherige gesellschaftliche Debatte verabschiedet wurden. Seit 2015 kann man jedoch einen Rückgang beobachten, da die Behörden und staatlichen Stellen sich eher auf die Umsetzung der bereits verabschiedeten Normen konzentrieren. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass es 2015 viel mehr Fälle einer Beschränkung der Internetfreiheit gab: Dem erwähnten Bericht von AGORA zufolge waren es insgesamt 15.022 Fälle. Eine neue Tendenz bei der Anwendung der Gesetze besteht darüber hinaus darin, dass seit 2015 immer mehr einzelne Nutzer wegen Publikationen im Internet, wegen Reposten und sogar wegen Liken bestraft werden.

Wahrnehmung der neuen Gesetze

Obwohl die aktuelle Entwicklung der Gesetzgebung eher nahelegt, dass eine Verschärfung der Internetregulierung erfolgt, fühlen sich viele Akteure wie Online-redaktionen oder IT-Unternehmer paradoxerweise nur wenig davon getroffen. Teilweise ist das darauf zurückzuführen, dass es bei vielen neuen Gesetzen keine konkreten oder nur sehr schwammige Definitionen, Bestimmungen und Vorschriften gibt, so dass sie sehr subjektiv ausgelegt werden können.

Die willkürliche Auslegung führt potenziell zu einer Verstärkung der Selbstzensur im Internet oder zu einem Beschweigen vieler gesellschaftlich relevanter Themen, da die »Reaktion« der Kontrollbehörden auf Kritik jeder Art kaum vorhersehbar ist. Allerdings ist hier auch zu erwähnen, dass die relativ kleine Gemeinschaft oppositioneller Journalisten unverändert für ihre Rechte streitet, indem sie die restriktiven Tendenzen kritisiert. Eine der jüngsten intensiven Diskussionen war von einer Redaktionssitzung von »RBC« ausgelöst worden, auf der einer der Chefredakteure gemeint hatte, Journalisten von RBC wären »über eine doppelte durchgezogene Mittellinie« gefahren, was sie ihren »Führerschein hätte kosten können« (als ob Journalismus wie eine Autobahn mit strengen Verkehrsregeln sei). Niemand aber weiß, wo genau die durchgezogene Mittellinie, diese rote Linie verläuft, wie der zweite Chefredakteur von RBC meinte. Diese Metapher der »doppelten Durchgezogenen« [in Russland werden vier- und mehrspurige Straßen durch eine doppelte durchgezogene Linie geteilt, deren Überfahren erhöhte Bußgelder nach sich zieht; d. Red.], die unsichtbare Verkehrsregeln bezeichnet, die niemand so ganz genau kennt, macht im Journalistenmilieu mittlerweile vehement die Runde und illustriert recht treffend die bestehende Situation, in der Vorschriften selektiv angewandt werden.

Generell betonen viele Fachorganisationen und NGOs wie zum Beispiel die »Assoziation der Internet-

nutzer« und »Roskomswoboda« (<rublacklist.net>) in ihren Analysen der neuen Internetvorschriften Probleme wie den Gebrauch veralteter oder unkonkreter Begriffe, die fehlende öffentliche Diskussion vor der Verabschiedung solcher Gesetze, die Nichtberücksichtigung der technischen Besonderheiten der in Russland vorhandenen IT-Kapazitäten etc.

Internetregulierung und Selbstzensur können unter anderem deshalb erfolgreich beim russischen Internet wirken, weil in Russland im Allgemeinen ein kritisches Bewusstsein für staatliche Regulierung fehlt. Umfragen belegen, dass die Bevölkerung sich einer Gefahr durch Zensur im Internet nicht sonderlich bewusst ist. So ergab eine Umfrage des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Wahrnehmung der Freiheit (Juli/August 2016), dass 27 Prozent der Russen der Ansicht sind, Medien sollten stets durch die Regierung kontrolliert werden, während rund 45 Prozent meinten, die Regierung sollte nur in besonderen Fällen eingreifen, etwa aus Sicherheitsgründen. Nur 25 Prozent meinten, dass die Medien absolut frei sein sollten. Das korreliert mit der allgemeinen Wahrnehmung in Russland hinsichtlich Zensur, die bei den Bürgern traditionell nicht eine so starke negative Konnotation trägt wie das im Westen der Fall ist. Gleichzeitig haben seit Beginn des Konfliktes in der Ukraine regierungsfreundliche Medien an Popularität gewonnen: Einer Umfrage der russischen »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) zufolge hat das Vertrauen in staatliche Medien im Vergleich zu 2014 um 8 Prozent auf 70 Prozent der Befragten zugenommen (<<http://fom.ru/SMI-i-internet/12140>>).

Konsequenzen für den Journalismus

Welche Folgen die neue Politik zur Regulierung des Internet für den Journalismus haben wird, ist nur schwer abzuschätzen, denn diese beschränkt sich bei weitem nicht nur auf eine Anwendung der restriktiven Gesetze. Mehr noch: Viele der neuen Gesetze (darunter das Gesetz gegen die »Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen« und das Gesetz zur Bekämpfung extremistischer Tätigkeit) werden selektiv eingesetzt, eher zur Schaffung von Schauprozessen, über die in den Medien breit berichtet wird, und die somit zur allgemeinen Vorsicht bei Journalisten wie auch einfachen Bürgern bei der Veröffentlichung von Online-Inhalten beiträgt. So wurde berichtet, dass 2015 drei Internetnutzer zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie »extremistische« Inhalte zur Ukraine in sozialen Medien gepostet hatten (s. »Freedom House«). Auch Andrei Soldatov und Irina Borogan, die Autoren vom Buch »The Red Web« (s. i. d. Lesetipps), erwähnen in einem Interview mit »Meduza.io« (22. Januar 2016) den selektiven Charakter der Gesetzesanwendung als ein

charakteristisches Element sowjetischer Zensur, das von der neuen russischen Internetpolitik aufgegriffen wurde.

Diese Strategie hat gewöhnlich eine kaum sichtbare, allerdings beträchtliche Konsequenz, nämlich die Zunahme von Selbstzensur bei Journalisten. Diese Tendenz ist durch bedeutende Personalwechsel auf der Ebene der Geschäftsführungen bei führenden kritischen Medien intensiviert worden, die mit den Umbesetzungen bei »Lenta.ru« im Jahr 2014 ihren Anfang nahmen, und die die betreffenden Medien zu staatsfreundlichen Nachrichtenportalen gemacht haben.

Die Selektivität der Anwendung der Gesetze erzeugt eine angespannte Atmosphäre, auch weil die »Spielregeln« immer unklarer werden. Das sogenannte Blogger-Gesetz von 2014 legt zum Beispiel fest, dass alle Webseiten, die pro Tag mindestens 3000 Besucher haben, als Medien gelten und die Betreiber für die Inhalte der Kommentare auf ihren Portalen die Verantwortung tragen. Das führte dazu, dass die meisten oppositionellen Medien ihre Kommentarbereiche »für alle Fälle« geschlossen haben. Gleichzeitig bleiben die Kommentarbereiche der pro-staatlichen Medien sehr aktiv (zum Beispiel »life.ru«).

Die Reaktion liberaler Journalisten auf diese Restriktionen unterscheidet sich diametral von der »Liberalisierungsphase« von 2011/2012, als die Menschen bereit waren, für ihre Rechte einzutreten. Viele verlassen nun die Branche oder emigrieren. Einige Medien beschließen, sich im Ausland registrieren zu lassen (wie etwa »Medusa« – medusa.io – in Riga), um der russischen Gesetzgebung zu entgehen.

Fazit

Heute, im Jahr 2016, sind 70,5 Prozent der Bürger Russlands online (<internetworldstats.com>), was einer Steigerung von 20 Prozent gegenüber der Liberalisierungsphase von 2011/2012 entspricht. Die neue Phase einer strengeren Kontrolle durch den Staat entfaltet sich noch, und es gibt keine Zeichen einer Umkehr. Während die Arbeitsbedingungen für kritische und oppositionelle Online-Medien aus politischen und wirtschaftlichen Gründen schwieriger geworden sind, haben die staatsnahen Medien, auch die Fernsehsender, ihre Popularität erheblich gesteigert, online wie offline. Der Staat hat die größten kritischen Medien gezähmt und nur einige wenige liberale Inseln belassen, die weiterarbeiten, jedoch kein Massenpublikum erreichen. Die politischen Eliten haben es verstanden, den digitalen Raum zu kontrollieren und dem regierungsfreundlichen Diskurs online für die Bürger mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

*Teilweise Übersetzung aus dem Englischen:
Hartmut Schröder*

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorinnen

Dr. *Anna Litvinenko* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Freien Universität Berlin, sie ist Mitglied einer dort ansässigen, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Emmy Noether Nachwuchsgruppe, die sich mit der Rolle des Internets im postsowjetischen Raum befasst. Von 2007 bis 2015 war sie assoziierte Professorin der Universität St. Petersburg, wo sie von 2010 bis 2015 das deutsch-russische Zentrum für Journalismus leitete.

Irina Kharuk ist Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und Doktorandin an der Freien Universität Berlin (Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). Seit 2013 beschäftigt sich im Rahmen ihres Dissertationsvorhabens mit dem Thema Onlinejournalismus und Internetfreiheit in Russland seit 2011.

Lesetipps

- Asmolov, Gregory: Welcoming the Dragon. The Role of Public Opinion in Russian Internet Regulation, Philadelphia, PA: Center for Global Communication Studies, Internet Policy Observatory 2015; <<http://www.global.asc.upenn.edu/app/uploads/2015/02/Russia-Censorship-Asmolov-FINAL1.pdf>>.
- Bodrunova, Svetlana; Anna Litvinenko: New media and the political protest: the formation of a public counter-sphere in Russia of 2008–2012, in: A. Makarychev, A. Mommen (Hg.): Russia's Changing Economic and Political Regimes, London / New York, NY: Routledge 2013. S. 29–65.
- Lehtisaari, Katja: Market and Political Factors and the Russian Media [= Reuters Institute for the Study of Journalism. Working Paper], Oxford, Oktober 2015; <<https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/Market%20and%20political%20factors%20and%20the%20Russian%20media%20-%20Katja%20Lehtisaari.pdf>>.
- Richter, Andrei: Comments on the Internet Media Forum: Law and Practice in Russia. In: 2013 Social Media Guidebook, Wien: OSCE, The Representative on Freedom to the Media 2013, S. 55–72; <<http://www.osce.org/fom/99563?download=true>>.
- Borogan, Irina; Andrei Soldatov: The Red Web: The Struggle Between Russia's Digital Dictators and the New Online Revolutionaries, New York, NY: Public Affairs 2015.

ANALYSE

Russische Medien und das Dilemma von Journalisten zwischen *Exit*, *Voice* und *Loyalty*

Nozima Akhrarkhodjaeva, Bremen

Zusammenfassung

Die Medienlandschaft Russlands hat in den letzten Jahren einen beträchtlichen Wandel durchlaufen. Während das Fernsehen überwiegend dem Kreml untergeordnet wurde, hat die Presse an kritischer Stimme verloren. Bei Interviews mit Journalisten, die die Autorin geführt hat, haben allerdings nur wenige offen eine Zensur durch den Staat oder durch Herausgeber zugegeben. Sind die Journalisten plötzlich loyal dem Kreml gegenüber, oder fürchten sie sich zuzugeben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, über kontroverse Themen zu berichten? Gestützt auf Albert Hirschmans Ansatz von *Exit*, *Voice*, and *Loyalty* soll dieser Beitrag aufzeigen, wie die russische Regierung ohne übermäßige Gewalt, offene Zensur oder andere unverhohlene Zwangsmaßnahmen sicherstellt, dass die Medien eine kremlfreundliche Haltung einnehmen, indem »softere« und feinere Instrumente eingesetzt werden.

Einführung

Über das letzte Jahrzehnt ist der Inhalt der landesweiten Fernsehkanäle und sogar der Presse zunehmend kremlfreundlich geworden. Es sind unterschiedliche Ansichten vorgelegt worden, um die Gründe für die regierungsfreundliche Berichterstattung und die Unterstützung für

die Regierung zu erklären. Zunehmender Druck auf Journalisten und Zensur gehörten zu den naheliegendsten Erklärungen. Gleichwohl räumen trotz der sich verschlechternden Bedingungen für die Medien und des Schwundes an kritischen Stimmen nur wenige, die professionell im Medienbereich tätig sind, tatsächlich ein, dass ihre Frei-

heit durch Verleger, Geschäftsführungen oder Behörden eingeschränkt wird. Allerdings geben sie zu, dass sie die möglichen Konsequenzen ihrer Tätigkeit im Hinterkopf haben. Schimpfossil und Yablokov (s. Lesetipps: *Coercion or Conformism?*...) meinen sogar, dass Moderatoren und Reporter, die auf föderalen Fernsehkanälen die Position des Kreml transportieren, dies freiwillig, bewusst tun.

Im Herbst 2015 habe ich 11 Interviews mit Journalisten geführt, die in Moskau für Printmedien arbeiten; ihre Zeitungen werden viel von Intellektuellen und in Wirtschaftskreisen gelesen. Interessanterweise sprach keiner von ihnen von einer offiziellen Zensur auf der Ebene der Zeitung, obwohl einige meinten, sie würden die möglichen Konsequenzen ihrer Berichte im Hinterkopf haben. Einige berichteten allerdings, dass es kontroverse Themen gibt, über die sie berichten, wobei sie sich möglicher Konsequenzen bewusst seien und das Risiko von Repressalien sie nicht aufhalte. Andere meinten, es sei möglich, über strittige Themen zu berichten, wenn sie lohnenswert sind. Auf die direkte Frage nach Zensur von oben behaupteten die Befragten von den Zeitungen »Kommersant« und »Wedomosti«, dass – solange klare Fakten vorgelegt werden – ihre Artikel von den Herausgebern zur Veröffentlichung angenommen werden. Gleichwohl ist kritische Berichterstattung in den Printmedien sehr selten und auf den föderalen Fernsehkanälen nahezu abwesend. Wenn es nicht Zensur ist, wie es die Journalisten behaupten, was steckt dann hinter der kremlfreundlichen Berichterstattung? Was könnte die Loyalität von Journalisten erklären? Ist es Angst oder ein Unwillen, sich die Existenz von Zensur einzugestehen? Oder unterstützen die Journalisten tatsächlich die Positionen des Kreml?

Albert Hirschmans Theorie zu »Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten« (s. Lesetipps) besagt, dass jede Organisation, sei es ein Unternehmen, eine politische Partei, eine Regierung oder selbst ein Staat, sich einem Leistungsabfall gegenübersehen kann. Wenn sich dergleichen stellt, haben die betroffenen Akteure und Gruppen die Wahl zwischen Widerspruch (»Voice«), Abwanderung (»Exit«) oder einem Akzeptieren des Status Quo (»Loyalität«). Die Wahl wird unter anderem durch eine Abschätzung der jeweiligen Kosten bestimmt. Wenn die Kosten für »Widerspruch« oder »Abwanderung« zu hoch sind, optieren die Betroffenen für »Loyalität«. Im Falle eines Leistungseinbruchs von Staat und Regierung können die Kosten für Widerspruch und Abwanderung über die Behörden justiert werden.

Gestützt auf die Informationen, die ich während der Interviews in Moskau sammeln konnte, bin ich der Ansicht, dass im Fall Russland die Regierung die Kosten im Medienbereich für Widerspruch, Äußerungen

von Unzufriedenheit und Kritik an der Regierungspolitik derart hochgetrieben hat, dass Journalisten, die kritische Ansichten vertreten, gezwungen sind, entweder zu kündigen und durch loyalere Journalisten ersetzt zu werden, oder aber besser still zu bleiben. Das wird vorwiegend auf zwei subtilen Wegen erreicht: 1) der Entlassungs- und Einstellungspolitik; sowie 2) einer Ungewissheit hinsichtlich der Spielregeln.

Einstellungs- und Entlassungspraktiken

Einstellung: Ein Weg, um Folgsamkeit sicherzustellen, ohne auf offene Zensur zurückzugreifen, besteht in einem Screening der politischen Ansichten potentieller Mitarbeiter, bevor man ihnen eine Stelle anbietet. Umgekehrt kündigt man Mitarbeitern, deren Ansichten von der Redaktionslinie abweichen. Bei meinen Interviews meinten einige der Befragten, dass der Herausgeber im Zuge des Einstellungsprozesses sichergehen will, dass der neue Mitarbeiter gut in das bestehende Team passt, und dass seine Ansichten weder von denen der Teammitglieder abweichen, noch der Redaktionspolitik widersprechen. Wie es einer der Journalisten von der Online-Ausgabe von »Russia Today« ausdrückte: »Warum sollte ein Arbeitgeber jemanden einstellen, der sich gegen die Ansichten des Arbeitgebers stellen würde? Meistens sammelt man Gleichgesinnte um sich. Es gibt unterschiedliche Meinungen in unserer Zeitung, aber im Allgemeinen teilen wir die Grundeinstellungen. Wir holen uns Leute, die eher wie wir sind.«

Ein anderer Interviewpartner, ein Journalist und Redakteur einer unabhängigen Zeitung, nannte ein Beispiel aus persönlicher Erfahrung. Er berichtete, dass ihm vor einigen Jahren, als er sich für einen Posten bei einem Medium in Staatsbesitz bewarb, von dem Chefredakteur bedeutet wurde (hinter verschlossenen Türen), dass sich die Bedingungen verändert hätten. Während man zuvor seine eigenen Themen vorschlagen konnte, würden die Themen und Thesen nun von den Behörden geliefert. Wenn allerdings jemand mit diesen neuen Bedingungen nicht einverstanden ist, könne er nicht beim Redaktionsteam mitmachen.

Ähnlich argumentieren Schimpfossil und Yablokov (s. Lesetipps: *Coercion or Conformism?*..., S. 310): Viele der von ihnen Befragten seien »der Ansicht, dass es einem bekannten Medienvertreter oder einem Reporter freisteht, zu einer anderen Organisation zu wechseln, wenn er oder sie nicht mit der Redaktionspolitik einer Medienorganisation einverstanden ist«. Ganz wie Reporter regionaler Fernsehkanäle, die von Olessia Koltsova interviewt wurden (s. i. d. Lesetipps: *News Media and Power in Russia...*), scheinen die von Schimpfossil und Yablokov Interviewten »frei die Ansichten ihrer Herren zu vertreten«.

Entlassung: Journalisten der wichtigen landesweiten Fernsehkanäle, die von »Colta.ru« interviewt wurden (s. Sidorow, Dmitrij: Kak Delajut TV-propagandu: Tschetyre Swidetelstwa, in: colta.ru, 2015; <<http://www.colta.ru/articles/society/8163>>) meinten ebenfalls, dass jeder, dessen Ansichten denen widersprechen, die von der Geschäftsführung vertreten werden, frei sei, zu gehen. Wer gegangen war, machte daraus kein großes Aufheben: Sie gingen einfach. Andere blieben, aus unterschiedlichen Gründen. Letztendlich gewährleistete eine solche Politik ein Team, das sowohl homogen war, als auch sich an die expliziten und an die unausgesprochenen Regeln hielt. Ein weiterer Fall in diesem Zusammenhang ist »NTV«. Dieser unabhängige Fernsehsender hatte während des ersten Tschetschenienkrieges kritisch berichtet und eine ausgewogene Berichterstattung zu den Parlamentswahlen 1995 geboten. NTV galt als ein Sender, der über eine »starke Nachrichten- und Analysekomponente« verfügte (s. i. d. Lesetipps: Belin: The Rise and Fall..., S. 19). Im Jahr 2001 allerdings wurde der Sender von »Gazprom-Media« übernommen; die Geschäftsführung wurde ausgetauscht, während Dutzende fester Mitarbeiter kündigten (s. i. d. Lesetipps: Belin...).

Ähnliche Praktiken sind bei der Handhabung kleinerer Medien oder Fernsehsendungen eingesetzt worden. Stanislaw Feofanow, ein Produzent, der für die Sendung »Nedelja« auf »REN-TV« sagte: »[...] Als die Boeing [des Fluges MH 17] abgeschossen worden war, war es nicht möglich von dem Ereignis zu berichten, wie wir es früher getan hätten... Wir waren gerade auf Urlaub, als wir von unserem Redakteur eine Nachricht bekamen: »Liebe Alle! Es ist der Moment gekommen, da unsere kleine stolze Sendung eingestellt wird. Vor uns liegt eine wunderbare Welt, in der das Leben ein völlig anderes sein wird.« Jetzt arbeiten einige von uns als Freiberufler, andere haben ganz aufgehört, einige sind bei REN TV geblieben.«

Aus einem Interview mit einem früheren Mitarbeiter der staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft »WGTRK« ergibt sich ebenfalls, dass Journalisten genötigt sind, sich zwischen Abwanderung und Loyalität zu entscheiden: »Im Februar 2014 gab es eine Sitzung, auf der der Chefredakteur sagte, dass ein »kalter Krieg« bevorstehe [...], daher sollten sich diejenigen, die daran nicht teilnehmen wollen, eine andere Stelle suchen, außerhalb des Nachrichtenkanals, während alle anderen im Club willkommen seien. Nur sehr wenige gingen, und selbst die taten das nicht sofort. Sie gingen mit der Zeit, still, ohne viel Lärm [...] Die übrigen blieben.« Diese Einstellungs- und Entlassungspraxis stellt sicher, dass loyale Mitarbeiter bleiben, während diejenigen, die Einspruch anmelden, mit der Linie der Redaktion nicht einverstanden sind oder zu widersprechen versuchen,

entweder zur Kündigung gedrängt oder gar nicht erst eingestellt werden. Der Einsatz solcher Methoden des »Mikro-Managements« breitet sich in Staaten wie Russland zunehmend aus; es bedarf weiterer Forschung, um die Funktionsweise dieser Techniken herauszuarbeiten.

Ungewissheit

Eine Ungewissheit hinsichtlich der Spielregeln und der Konsequenzen, die deren Nichtbeachtung mit sich bringt, stellt sicher, dass diejenigen, die sich nicht zur Abwanderung aus dem System entschließen, weiterhin loyal bleiben. Ein Reporter der Zeitung »Kommersant« gab zu, dass er bei der Berichterstattung vorsichtig mit der Wort- und Themenwahl ist. Allerdings meinte er, dies geschehe nicht wegen Zensur oder Druck von oben, sondern eher gemäß der Redewendung, dass man »den Bären besser nicht reizen« sollte. Wie es in einem der bei »colta.ru« 2015 veröffentlichten Interviews heißt, »gibt es bei den Regeln einen Interpretationsspielraum«. Und es könnte diese Ungewissheit über die Spielregeln und über die Konsequenzen des eigenen Handelns sein, die jene Journalisten, die gehört werden wollen, trotz fehlender Zensur dazu bewegt, sich für »Loyalität« zu entscheiden.

Der Charakter und die Wirkungsweise dieser Ungewissheit, sind sowohl in den von mir geführten Interviews, als auch in den Interviews aus Sekundärquellen zu beobachten. Wie es scheint, lassen sich Stabilität und Willfährigkeit dadurch herstellen, dass bewusst Unklarheit hinsichtlich der bestehenden Spielregeln erzeugt wird, damit niemand so richtig weiß, was erlaubt ist und was nicht. Auf diese Weise geht ein Journalist auch ohne direkten Druck »doppelt sicher«, bevor er etwas unternimmt. Da auf jeden Bericht eine Reaktion erst nach der Veröffentlichung erfolgt, ist nur schwer vorauszusagen, ob man »damit durchkommt«, eine Verwarnung von der staatlichen Telekommunikations- und Medienaufsicht »RosKomNadsor« erhält oder – schlimmer noch – entlassen wird oder Drohungen bekommt.

Selbst sehr formale Regelungen sind schwammig. So erwähnte ein Befragter von der unabhängigen oppositionellen Zeitung »Nowaja Gaset«, dass es eine Vorschrift gebe, die den Gebrauch vulgärer Wörter in Publikationen verbietet, jedoch keine offizielle Liste der verbotenen Wörter. Die Novelle zum Antiterrorgesetz, die am 6. Juli 2016 unterzeichnet wurde, gibt den Behörden ein weiteres Bündel von Instrumenten an die Hand, die zur Kontrolle der Medien eingesetzt werden können. Die möglichen Folgen des Gesetzes sind weit gefächert und dem erwähnten Befragten zufolge sogar weiter ausgedehnt worden. So könne beispielsweise ein Bericht über korrupte Behörden als ein Versuch gewertet werden, Hass gegen die [soziale] Gruppe der Staatsbeamten zu säen. Auch könne eine Publikation, die extremistische

Symbole enthält (selbst, wenn dies für das Thema notwendig ist), eine Strafe nach sich ziehen.

Ein weiteres Beispiel für diese Ungewissheit wurde von einem Journalisten des »Kommersant« angesprochen, der sagte, dass er beim Verfassen oder Veröffentlichenden seiner Texte keinen Druck verspüre, und dass es bei keinerlei Themen Vorgaben oder Verbote gebe. Allerdings teile man unter Journalisten ein Verständnis, ein allgemeines Wissen, dass einige Themen lieber nicht angerührt werden sollten. Solange ein Journalist die ungeschriebenen Regeln nicht offen verletzt, gibt es keine Möglichkeit festzustellen, ob etwas unangenehme Konsequenzen haben wird. Um auf der sicheren Seite zu sein, könnte so mancher Vorsicht bei der Themenwahl walten lassen, während andere sich womöglich entscheiden, kontroverse Themen offen anzusprechen.

Wiederum führt das Prinzip Ungewissheit dazu, dass eine kritische Stimme entweder bestraft wird – oder eben auch nicht. Vielleicht ist das einer der Gründe, dass es in Russland immer noch einige Inseln einer relativ freien Presse gibt. Weitere Beispiele für diese Ungewissheit können einem Interview entnommen werden, das Schimpfossil und Yablokov geführt haben (s. i. d. Lesetipps: Schimpfossil und Yablokov, S. 309), bei dem der Befragte, der beim Fernsehen arbeitet, von einer Geschichte berichtet, bei der ein Schriftsteller, der gerade Putins Wohlwollen verloren hatte, für ein Interview angefragt werden sollte: »[W]ir fragten uns: Vielleicht sollten wir ihn [den Schriftsteller] nicht mehr bei uns [im Programm] haben? Und ohne jede Anweisung von oben entschied das Team, das Interview abzusagen. Unser Produzent gab ihm [dem Schriftsteller] ein paar lahme Erklärungen, dass irgendeine Technik hier im Studio kaputtgegangen ist oder so. Das Programm wird vorab aufgezeichnet, wir hätten im Grunde nur einige Stücke rausschneiden können, falls es notwendig werden sollte, aber wir wollten auf Nummer sicher gehen... Er [der Schriftsteller] hat sofort auf Twitter darüber geschrieben, und am Ende hatten wir es mit einem Skandal zu tun.«

Auf die Frage, wie sie die Freiheit der Medien Anfang der 2000er und in den 2010er Jahren im Vergleich einschätzen würden, meinten die meisten Befragten, dass sich die Bedingungen für die Medien verschlechtert haben. Wenn sie aber nach den Veränderungen an ihrem eigenen Arbeitsplatz gefragt werden (etwa bei der täglichen Arbeitsroutine, bei Zensur durch den Herausgeber, Selbstzensur, den Gewohnheiten bei der Festlegung der Agenda oder bei Entscheidungen, wie nachrichtenrelevante Ereignisse aufgezo- gen werden), behaupten die meisten Befragten, dass sie frei seien die Themen zu wählen und diese nach eigenem Gutdünken aufzuziehen. Gleichzeitig meinten die meisten Respondenten, dass ein Medium auch in dem Fall, dass ein Material

zur Veröffentlichung freigegeben wurde, eine Warnung erhalten könne, falls ein Bericht von externen Akteuren (also Vertretern der staatlichen Bürokratie, Wirtschaftsgruppierungen oder der herrschenden Elite) als unpassend betrachtet wird. Oder, so formulierte es einer der Befragten: »Es ist nicht so, dass die Medien unter direktem Druck ständen, aber wenn ein kritischer Artikel in einer Zeitung erscheint, könnte das Gebäude der Zeitung unter dem Vorwand geschlossen werden, dass es reparaturbedürftig ist oder umgebaut werden soll, oder aus anderen Gründen dieser Art«. Das bedeutet, dass die herrschende Elite Kontrolle über die Medien ausübt, indem sie eine Ungewissheit hinsichtlich möglicher Konsequenzen von kontroversen Artikeln schafft, wobei »administrative Ressourcen« des Staates eingesetzt – oder besser: missbraucht – werden.

Schlussfolgerungen

Zusammengefasst lässt sich, gestützt auf die genannten Daten, feststellen, dass der Kreml anstelle von Strategien exzessiver Zwangsmaßnahmen subtilere Instrumente eines Mikro-Managements einsetzt, um die Medien zu kontrollieren. Eine Ungewissheit, die durch die Unklarheit der Spielregeln und Vorschriften erzeugt wird, nötigt Journalisten auf subtile Weise entweder zu Selbstzensur, was nur selten offen eingeräumt wird, oder es führt zum Verlust ihres Postens. Das bedeutet: Einerseits gibt es keine unmittelbare Zensur, während andererseits eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich möglicher Antworten auf kontroverse Beiträge besteht. Durch die selektive Anwendung von Gesetzen und den missbräuchlichen Einsatz administrativer Ressourcen des Staates erzeugt die herrschende Elite eine Unklarheit für die Interpretierung der Spielregeln. So wird also bei den Journalisten »Vorsicht« oder, anders gesagt, freiwillige Selbstzensur erzeugt. Geschäftsführungen und Herausgeber von Medienorganisationen zeigen die gleiche »Vorsicht«, was wiederum deren Einstellungs- und Entlassungspraktiken beeinflusst und den Weg für neue Journalisten freimacht, die dem Kreml gegenüber loyal sind.

Die Kombination zweier Strategien, also die Anhebung der Kosten für »Widerspruch« und die Erleichterung von »Abwanderung« stellt sicher, dass in den meisten Fällen ein Journalist entweder eine Kremlfreundliche Haltung einnimmt oder zumindest seine Unzufriedenheit nicht offen äußert oder aber sich für eine »Abwanderung« entscheidet, mit der Aussicht, möglicherweise seinem Beruf nicht nachgehen zu können, bis sich die Bedingungen geändert haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Nozima Akhrarkhodjaeva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Sie arbeitet derzeit im Forschungsprojekt »Medienkontrolle als politische Machtressource. Die Rolle von Oligarchen in der post-sowjetischen Region«, das aus Mitteln des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) unterstützt wird. Ihre Dissertation, die 2017 beim ibidem-Verlag erscheinen wird, analysiert die Medienberichterstattung zu Präsidentschaftswahlkämpfen in Russland.

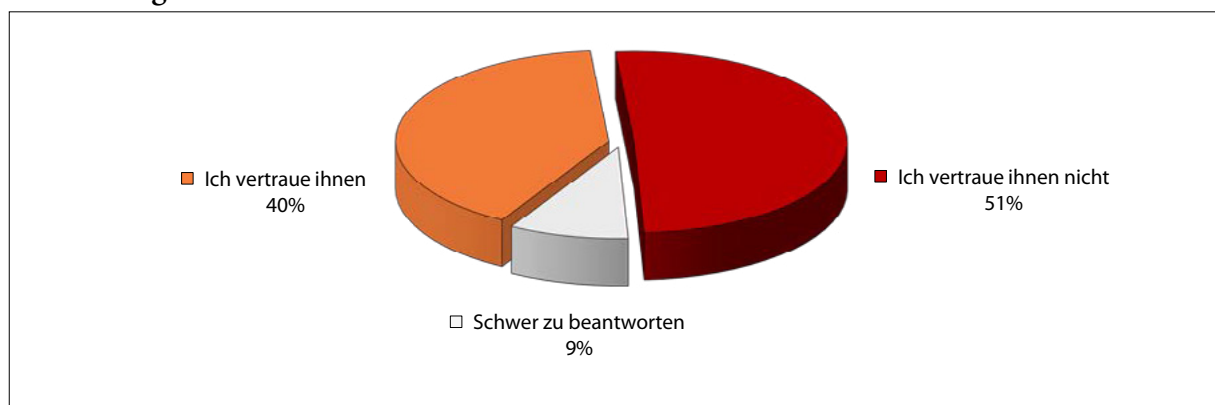
Lesetipps

- Belin, Laura: The Rise and Fall of Russia's NTV, in: Stanford Journal of International Law, 38.2002, Nr. 1, S. 19–42.
- Koltsova, Olessia: News Media and Power in Russia, London / New York: Routledge 2006.
- Hirschman, Albert: Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Harvard University Press: Cambridge, MA 1970; dt.: Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten [= Schriften zur Kooperationsforschung A: Studien. Bd. 8. Mohr: Tübingen 1974.
- Schimpfoss, Elisabeth; Ilya Yablokov: Coercion or Conformism? Censorship and Self-Censorship among Russian Media Personalities and Reporters in the 2010s, in: Demokratizatsiya, 22.2014, Nr. 2, S. 295–311; <https://www2.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/demokratizatsiya%20archive/GWASHU_DEMO_22_2/Q0004344847N3648/Q0004344847N3648.pdf>.

UMFRAGE

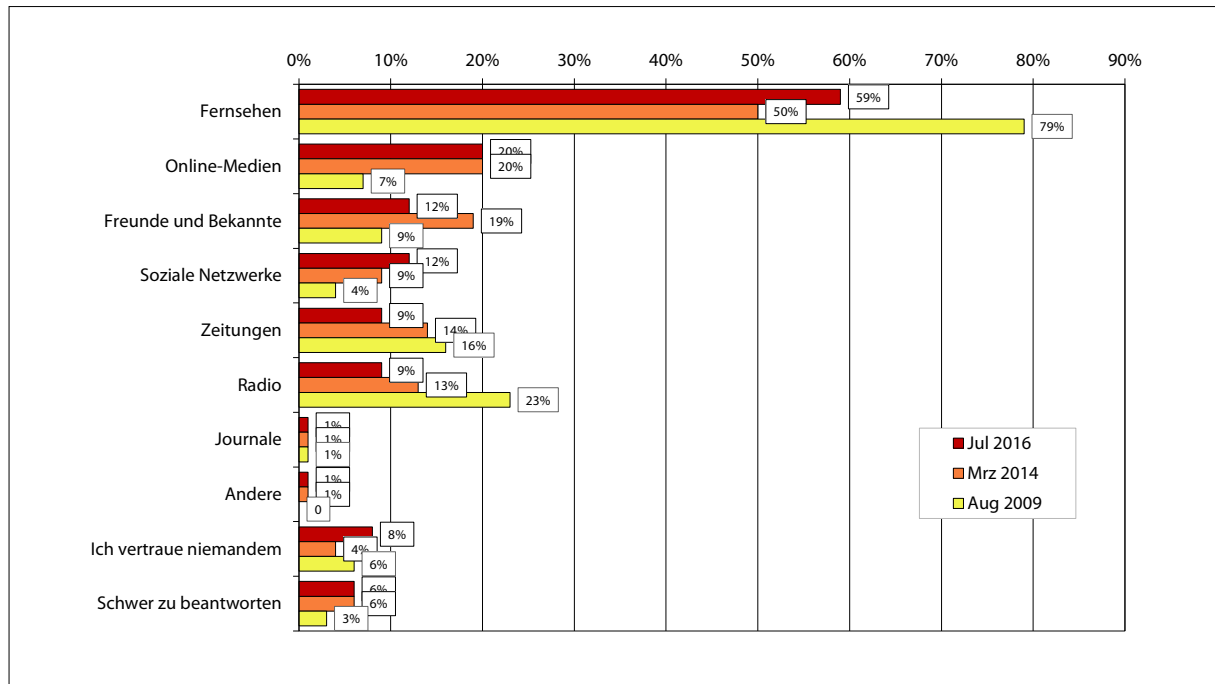
Medienvertrauen und Wahrnehmung von Zensur

Grafik 1: Vertrauen Sie den russischen Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitungen) im Allgemeinen?



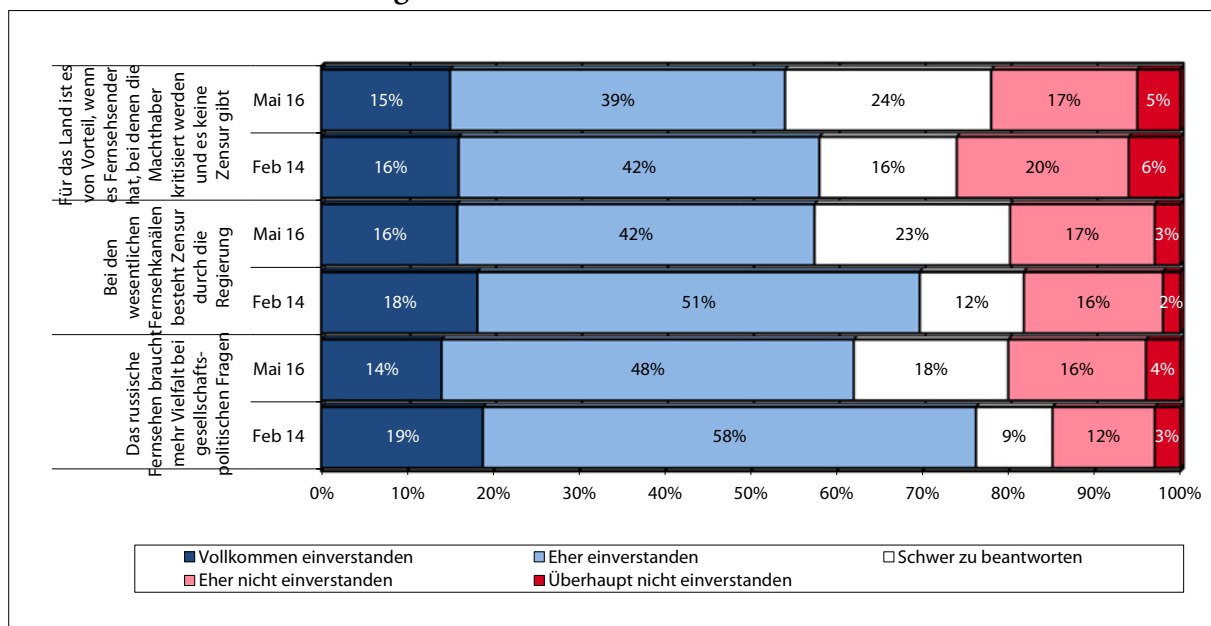
Quelle: Umfragen des Instituts FOM vom 8.–9. Oktober 2016, <<http://fom.ru/Ekonomika/13032>>, 20. Oktober 2016

Grafik 2: Welchen Informationsquellen vertrauen Sie am meisten bei der Berichterstattung von Nachrichten im In- und Ausland?



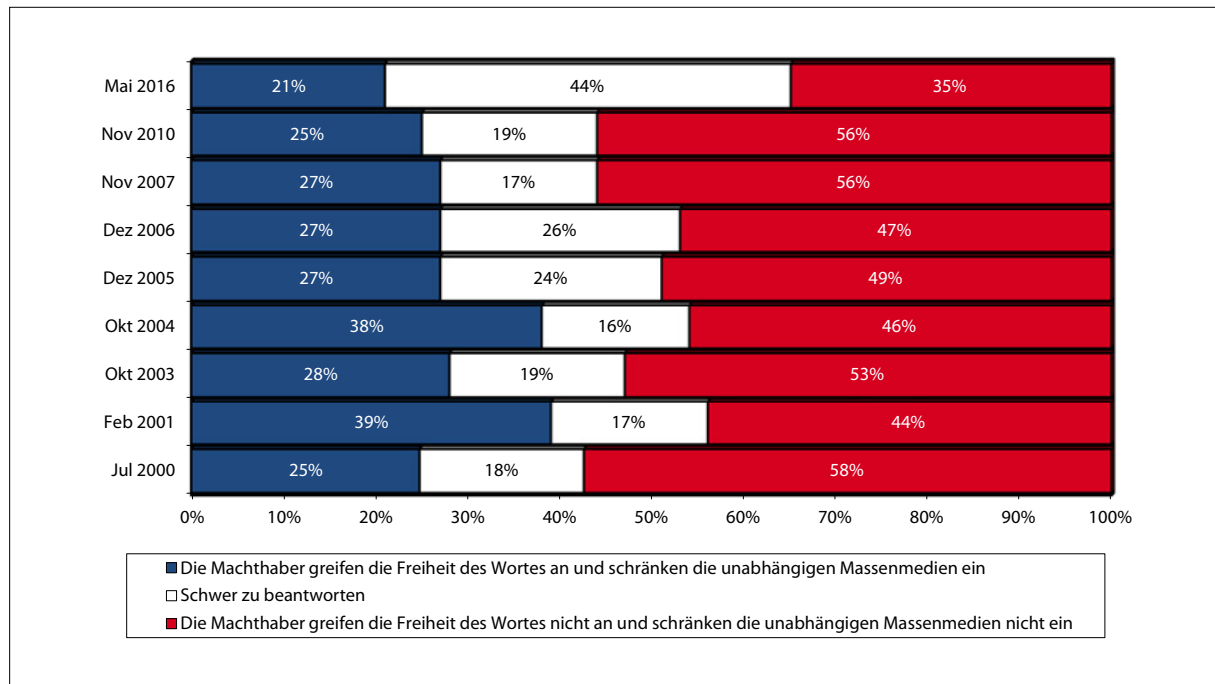
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Juli 2016, <<http://www.levada.ru/2016/08/12/14111/>>, 12. August 2016

Grafik 3: Sind Sie mit den folgenden Statements einverstanden oder nicht einverstanden?



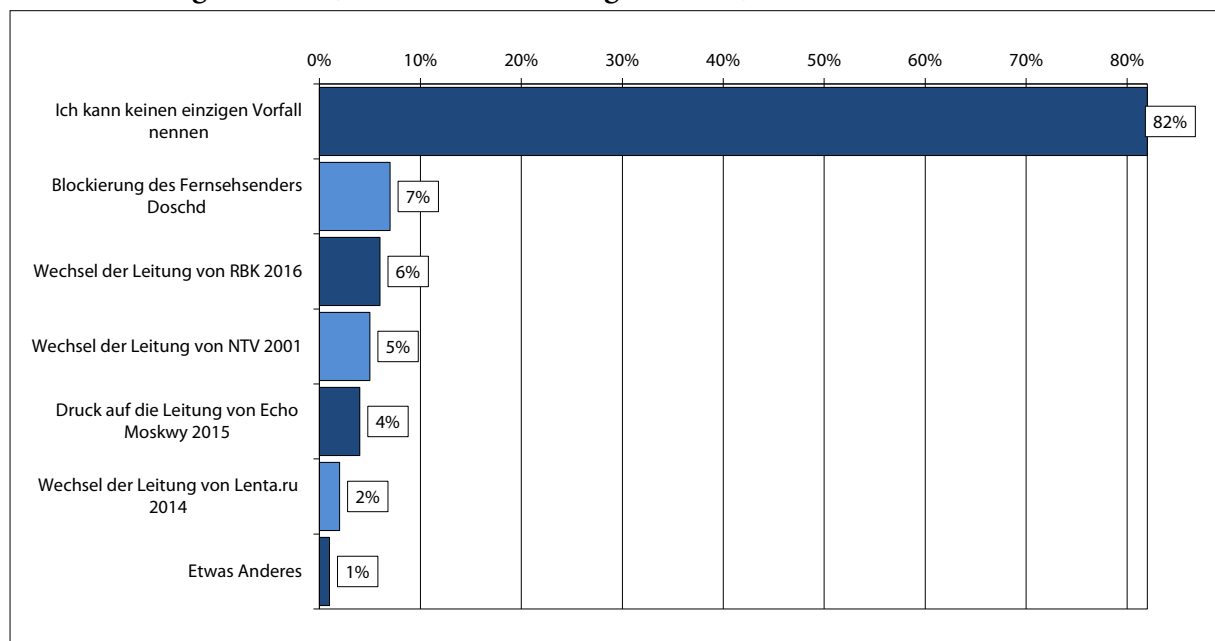
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Mai 2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/06/smi-vnimanie-i-tsenzura/>>, 6. Juni 2016

Grafik 4: Glauben Sie, dass die Machthaber in Russland die Freiheit des Wortes angreifen und die unabhängigen Massenmedien einschränken oder glauben Sie, dass sie das nicht machen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Mai 2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/06/smi-vnimanie-i-tsenzura/>>, 6. Juni 2016

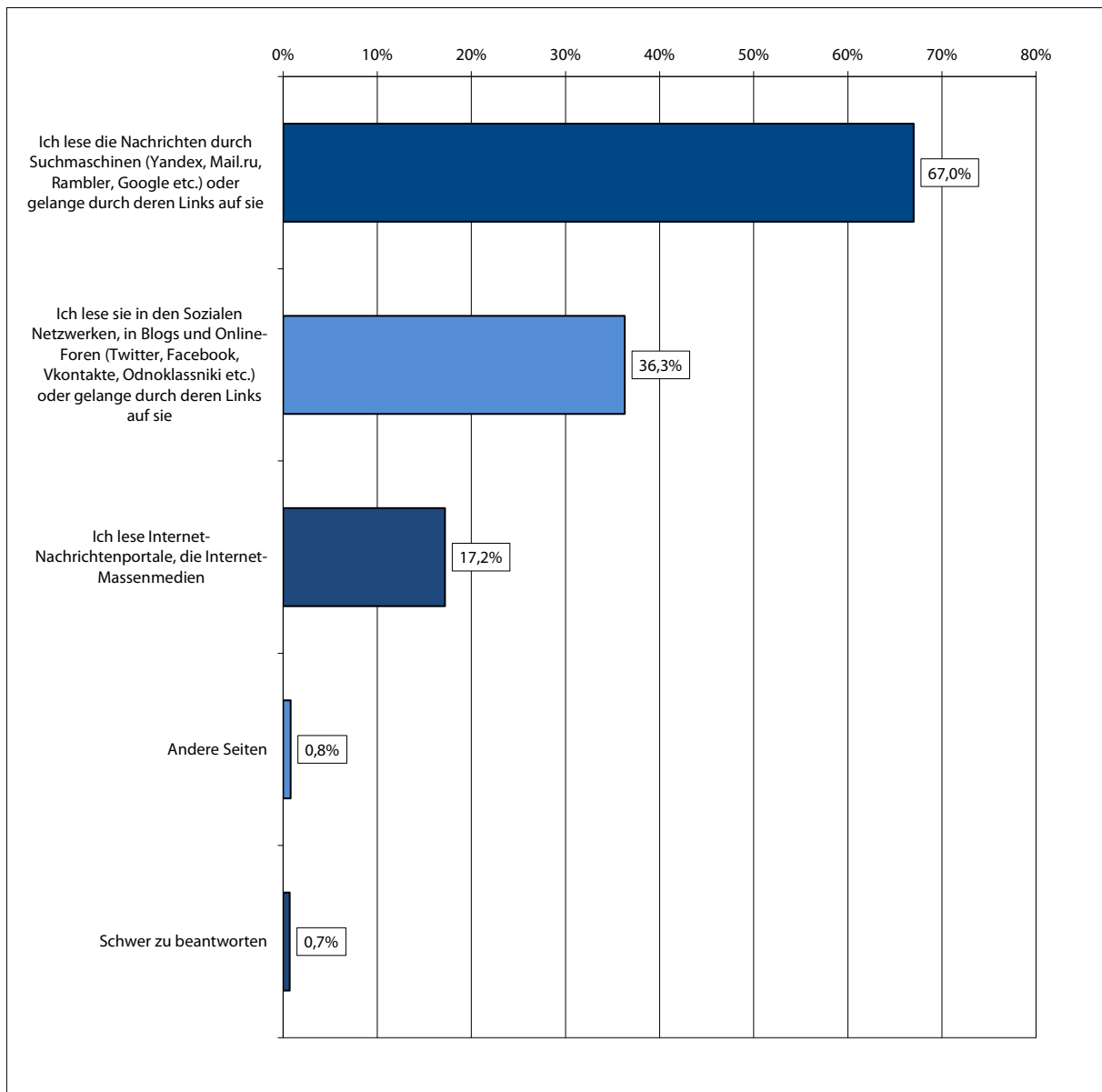
Grafik 5: Können Sie Vorfälle nennen, in denen die Regierung Druck auf die Massenmedien ausgeübt hat? (Mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Mai 2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/06/smi-vnimanie-i-tsenzura/>>, 6. Juni 2016

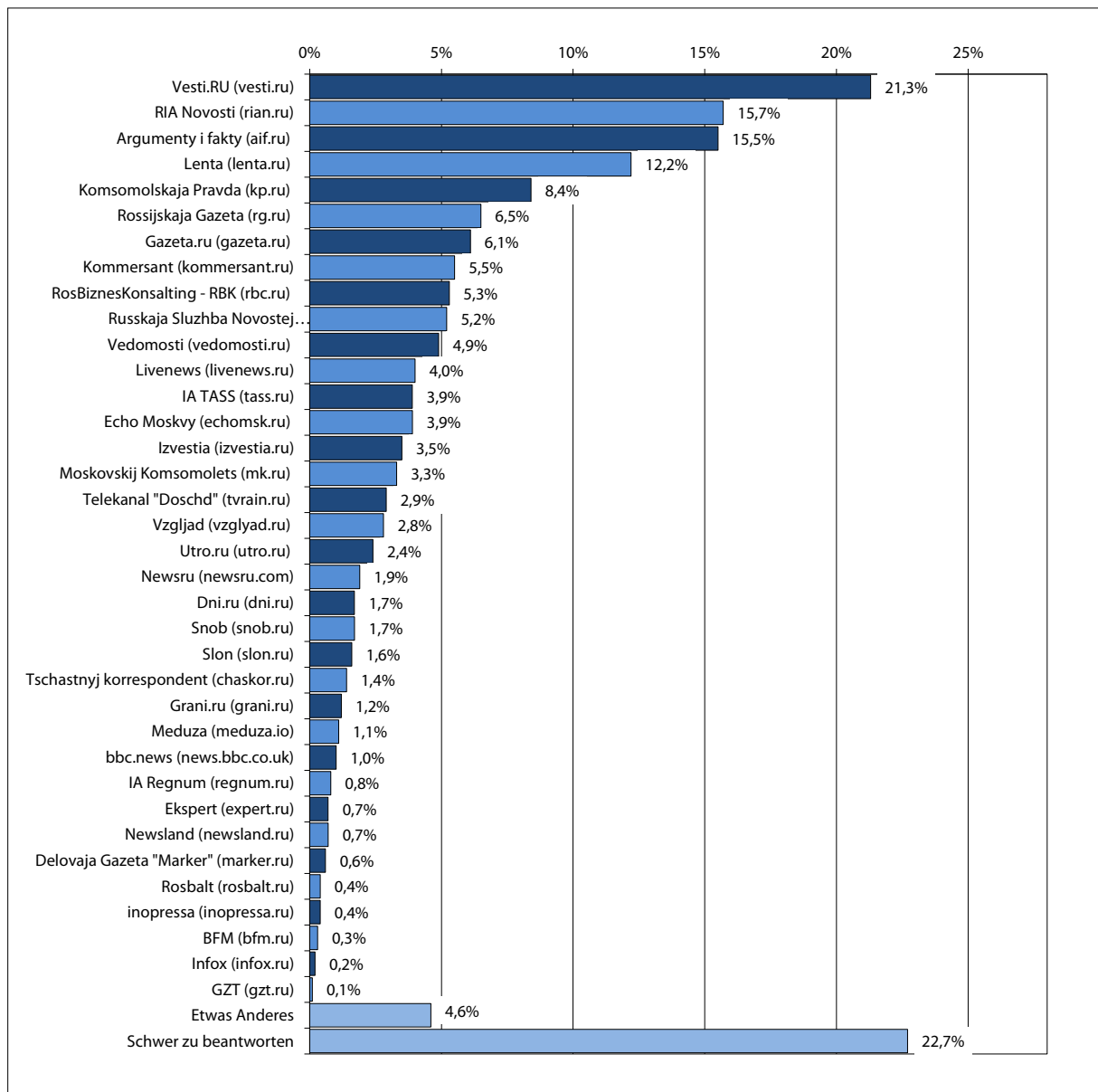
Beliebte Informationsquellen und Popularitätsrating russischer Massenmedien

Grafik 6: Welche Informationsquellen für Nachrichten nutzen Sie gewöhnlich?
(mehrere Antworten)



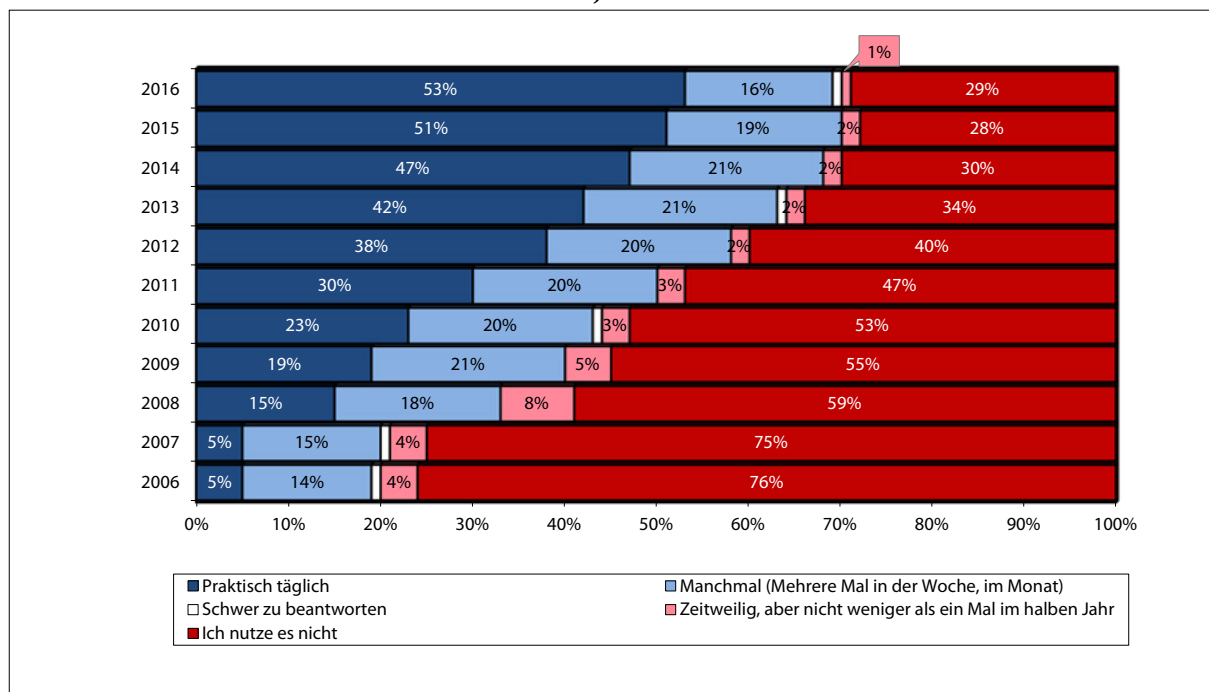
Quelle: Umfragen des Instituts FOM vom 15.–19. Januar 2016, <<http://fom.ru/SMI-i-internet/12491>>, 26. Januar 2016

Grafik 7: Aus welchen Online-Nachrichtenseiten beziehen Sie gewöhnlich Nachrichten und Informationen? (mehrere Antworten)



Quelle: Umfragen des Instituts FOM vom 15.–19. Januar 2016, <<http://fom.ru/SMI-i-internet/12491>>, 26. Januar 2016

Grafik 8: Nutzen Sie das Internet, und wenn ja, wie oft?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. März 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115657>>, 18. April 2016

Tabelle 1: Popularitätsranking der Massenmedien in Russland 2015 »Title Popularity Ranking« (TPR)

Wirtschaftsmagazine			
Nr.		Gedrucktes Massenmedium	TPR
1	-	Forbes	1,0000
2	↓	Ekspert	0,4162
3	↑	Kommersant Dengi	0,3218
4	↑	Bisnes-Journal	0,3211
5	↓	Kompanija	0,1874
6	↓	Svoj Bisnes	0,1178
Gesellschaftspolitische Journale			
Nr.		Gedrucktes Massenmedium	TPR
1	↓	Russkij Reporter	0,7098
2	↑	Ogonjok	0,6902
3	↑	Profil	0,6795
4	↑	Kommersant-Wlast	0,5594
5	↑	The New Times	0,5309
6	↓	Odnako	0,3559

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Popularitätsranking der Massenmedien in Russland 2015 »Title Popularity Ranking« (TPR) (Fortsetzung)

Wirtschaftszeitung			
Nr.		Gedrucktes Massenmedium	TPR
1	↑	Kommersant	0,9462
2	-	Iswestija	0,9403
3	↓	Wedomosti	0,7671
4	↑	Gaseta RBK	0,4156
5	↑	The Moscow Times	0,2584
6	↓	Rossijskaja Bisnes-Gaseta	0,2140
7	↓	The St. Petersburg Times	0,0683
Boulevardzeitungen			
Nr.		Gedrucktes Massenmedium	TPR
1	↓	Komsomolskaja Prawda	0,9319
2	↑	Argumenty i Fakty	0,9219
3	↑	Moskowskij Komsomolez	0,4299
4	↑	Metro	0,4194
5	↑	Mir Nowostej	0,4087
6	↓	Shisn	0,4085
7	↑	Wetschernjaja Gaseta	0,3818
8	↓	Ekspress-Gaseta	0,3453
Gesellschaftspolitische Zeitungen			
Nr.		Gedrucktes Massenmedium	TPR
1	↓	Rossijskaja Gaseta	0,8902
2	↑	Iswestija	0,8278
3	↑	Novaja Gazeta	0,3608
4	↓	Gudok	0,3513
5	↓	Nowyje Iswestija	0,3324
6	↓	Trud	0,3060
7	↓	Nesawisimaja Gaseta	0,2925
8	↓	Tribuna	0,2604
9	↓	Parlamentskaja Gaseta	0,2599

↑ ↓ Trends im Vergleich zum vorherigen Erfassungszeitraum

Quelle: <<http://www.exlibris.ru/rejting-izdanij/>>, 25. Oktober 2016

Zensur oder Staatsauftrag? Zur Debatte um Raikin, Kulturpolitik und den Druck der national-konservativen Kräfte

Sergey Medvedev, Berlin/Moskau

Die Verwüstung der Ausstellung »Achtung! Religion!« 2003 im Sacharow-Zentrum, zwei Jahre Haft für das »Punkgebet« von Pussy Riot in der Moskauer Hauptkathedrale der Orthodoxen Kirche 2012, die Entlassung des Kurators Marat Gelman aus dem Permer Museum für zeitgenössische Kunst 2013, die Forderung eines Verbots der Aufführung »Jesus Christ Superstar« im Oktober 2016. Seit Jahren wächst der Druck der Orthodoxen Kirche und national-konservativer Gruppierungen auf die Kunst und die Kulturschaffenden. Nach dem Fall Pussy Riot wurden 2013 Gesetzesänderungen zur »Bekämpfung der Beleidigung religiöser Überzeugungen oder Gefühle der Bürger« verabschiedet. Gestützt auf diese Gesetzesänderungen forderte die Orthodoxe Kirche im Jahr 2015 ein strafrechtliches Verfahren im Fall einer Aufführung von Richard Wagners Oper »Tannhäuser« in Nowosibirsk. In der Folge wurde die Aufführung eingestellt und der Theaterdirektor entlassen.

Ein bekannter Schauspieler und Regisseur, der sich bislang nicht durch Regierungskritik hervorgetan hatte und auch die Politik des Kreml in der Krim-Frage unterstützt, hatte nun die Nase voll. Am 24. Oktober wandte sich Konstantin Raikin auf dem Kongress des russischen Verbandes der Theaterschaffenden in Moskau empört gegen einen alarmierenden Anstieg gewaltsamer Störungen von Kunst- und Kulturveranstaltungen durch Bürger, »die sich dabei hinter den Worten über Sittlichkeit, Moral und Patriotismus verstecken«. Der Direktor des Moskauer Theaters »Satirikon« warf der Leitung des Kulturministeriums Einflussnahme und Zensur vor und rief die Kollegen auf, sich gegen Angriffe auf die Kultur zusammenzuschließen. Raikin war selbst erst im Februar mit dem Druck aus der orthodoxen Öffentlichkeit gegen eine seiner Aufführungen konfrontiert worden. Seine »Alle Grautöne des Blauen« [Blau steht im Russischen u. a. für »Schwul«] zeigte der Abgeordnete Witalij Milonow wegen Verstoßes gegen das Gesetz gegen »Propagierung nichttraditioneller sexueller Beziehungen« an. Bei der Aufführung waren unter anderem Bilder von nackten Kindern zu sehen.

Die emotionale Rede von Raikin löste eine intensive Debatte über die Freiheit der Kunst aus. Der Kreml reagierte zunächst gelassen auf die Kritik und betonte, es gebe keine Zensur, sondern einen Auftrag des Staates, wenn es um öffentliche Gelder geht. Der stellvertretende Kulturminister Wladimir Aristarchow, den Raikin in seiner Rede u. a. wegen einer »stalinistischen Rhetorik beim Umgang mit den Künstlern« kritisiert hatte, wies alle Vorwürfe zurück und unterstrich noch einmal die Aussagen des Kreml-Pressesprechers Dmitrij Peskow über Staatsaufträge. Alexander Saldostanow, Anführer des kremlnahen Biker-Klubs »Nachtwölfe«, reagierte auf die Forderungen des Theaterdirektors nach einer Verteidigung der Kunstfreiheit mit der harschen These, der Teufel verführe immer mit der Freiheit: »unter dem Deckmantel der Freiheit wollen diese »Raikins« das Land in eine Latrinengrube verwandeln, mit auf der Oberfläche schwimmenden Fäkalien«. Solche Äußerungen waren anscheinend für die Präsidialverwaltung zu viel, sodass der Pressesprecher Peskow am nächsten Tag den Ton änderte, das »riesige Talent Raikins« lobte und Saldostanow dazu aufforderte, sich für seine Aussagen zu entschuldigen. Am Folgetag sicherte das Oberhaupt Tschetscheniens, Ramzan Kadyrow, seinem »Freund und Bruder« Saldostanow völlige Unterstützung zu und erklärte, der Kunst könne angesichts einer Vielzahl von gläubigen Christen und Muslimen in Russland nicht alles erlaubt sein. Einige Tage nach seinem Auftritt wurde Raikin von Aktivisten der sogenannten »Nationalen Befreiungsbewegung« (NOD) im Nowosibirsker Flughafen mit Protestplakaten empfangen. Der Appell des Direktors von »Satirikon« sorgte aber bei vielen Kulturschaffenden und Medienvertretern auch für Beifall. Eine Reihe von Intellektuellen und Menschenrechtlern unterzeichnete einen offenen Brief, in dem sie den Regisseur Konstantin Rajkin ihre Solidarität aussprechen. In der Debatte, ob sich der Staat in die Arbeit des Künstlers einmischen darf, meldeten sich u. a. auch der Fernsehmoderator Wladimir Posner, der Regisseur Andrej Swjaginzew sowie Oleg Tabakow zu Wort.

»Ich glaube den Menschen nicht, die angeben, ihr religiösen Gefühle seien beleidigt worden«

Konstantin Raikin, Direktor des Theaters »Satirikon«

»[...] Mir bereiten gewisse Erscheinungen in unserem Leben große Sorgen (ich denke, Ihnen allen geht es genauso). Mich beunruhigen diese »Attacken«, vor allem auf Kunst und Theater. Diese völlig gesetzeswidrigen, extremistischen, dreisten, aggressiven [Äußerungen], die sich unter dem Deckmantel von Sittlichkeit, Moral und generell hinter so hehren Worten wie »Patriotismus«, »Heimat«, »hohe Sittlichkeit« verstecken. All diese Grüppchen angeblich beleidigter Menschen, die Theateraufführungen schließen, Ausstellungen schließen, sich dreist aufführen, zu denen sich das Regime irgendwie seltsam neutral verhält und sich auf merkwürdige Weise von ihnen distanziert... Ich halte das für widerwärtige Angriffe auf das Kunstschaffen, auf das Zensurverbot.

Dieser Fluch, diese jahrelange Schande unserer Kultur, unserer Kunst war schließlich endlich verboten worden.

Und was geschieht jetzt? Ich sehe, wie es jemandem sehr in den Fingern juckt, alles zu ändern und das Rad zurückzudrehen. Und dabei uns nicht einfach nur in die Zeit der Stagnation zurückzubringen, sondern in weiter zurückliegende Zeiten – in die Stalinzeit. Weil unsere Vorgesetzten mit uns mit diesem Stalinschen Vokabular sprechen, aus dieser Stalinschen Haltung, dass man einfach seinen Ohren nicht traut! Es sind Vertreter des Staats, die so reden, meine unmittelbaren Vorgesetzten, Herr Aristarchow [der Erste stellvertretende Kulturminister; d. Red.], der da so redet. Wobei dieser aus dem »Aristarchowschen« ins Russische übersetzt werden muss. Es ist einfach beschämend, dass ein Mensch im Namen des Kulturministeriums auf diese Art spricht.

Wir sitzen und hören dem zu. Könnten wir uns nicht alle zusammen zu Wort melden? [...]

Ich weiß, wir alle wurden im Sowjetstaat geboren. Ich erinnere mich an diesen schändlichen Idiotismus! Das ist der Grund, der einzige, warum ich nicht mehr jung sein will, ich will nicht wieder zurück. Ich werde aber gezwungen, dieses widerliche Kapitel erneut zu lesen. Denn mit Worten von Moral, Heimat und Patriotismus werden in aller Regel sehr niedere Ziele verdeckt. Ich glaube diesen Gruppen empörter und beleidigter Menschen nicht, deren religiöse Gefühle angeblich verletzt worden sind. Ich glaube ihnen nicht! Ich glaube aber, dass die Leute dafür bezahlt werden. Deswegen gibt es diese Grüppchen widerwärtiger Menschen, die sich mit illegalen widerlichen Mitteln vorgeblich für die Moral einsetzen.

Wenn man Fotos mit Urin begießt, soll das etwa ein Kampf für die Moral sein? Überhaupt sollten gesellschaftliche Organisationen nicht für Sittlichkeit in der Kunst kämpfen. Die Kunst selbst verfügt selbst über ausreichende Filter: Regisseure, Kuratoren, Kritiker, Zuschauer, die Seele des Künstlers selbst. Das sind die Träger der Sittlichkeit. Man sollte nicht so tun als sei die Staatsmacht der einzige Träger von Sittlichkeit und Moral ist. Dem ist nicht so. [...]

Und unsere Kirche, die arme, die hat vergessen, wie sie gehetzt wurde, wie Geistliche vernichtet, die Kreuze abgerissen wurden und aus den Kirchen Gemüselager wurden, sie fängt heutzutage an, sich der gleichen Mittel zu bedienen. Das bedeutet, Lew Nikolajewitsch Tolstoj hatte recht, als er davon sprach, dass sich die Kirche nicht mit dem Staat vereinigen dürfe, sonst wird sie nicht Gott, sondern dem Staat dienen. Was wir nun auch im größeren Umfang beobachten können. [...]

Ich habe das Gefühl, dass heute, in sehr schwierigen Zeiten, sehr gefährlichen, sehr schrecklichen... Das ähnelt sehr... Ich werde nicht sagen wem. Sie verstehen schon selbst. Wir müssen uns zusammentun und sehr vernehmlich dem entgegentreten.«

Konstantin Raikin am 24. Oktober 2016 auf einer Versammlung des Verbandes der Theaterschaffenden in Moskau; <<http://www.teatral-online.ru/news/16844/>>.

»Das ist keine Zensur, sondern ein öffentlicher Auftrag«

Dmitrij Peskow, Pressesprecher des Kreml

»Zensur ist unzulässig. Dieses Thema ist bei den Treffen des Präsidenten mit Vertretern aus den Bereichen Theater und Kinematographie wiederholt diskutiert worden. [...]

Dabei muss man aber genau zwischen den Inszenierungen und Werken differenzieren, die mit Hilfe staatlicher Gelder erzeugt wurden und solchen, die aus anderen Quellen finanziert wurden. [Wenn der Staat das Geld für eine Aufführung gibt, dann] hat er auch das Recht, dieses oder jenes Thema zu bestimmen. [...]

Was die Werke betrifft, die ohne staatliche Finanzierung entstehen, so ist hier die Hauptsache, nicht gegen geltende Gesetze zu verstoßen. Damit ist der Kampf gegen Extremismus, das Schüren von religiösen oder sonstigen Konflikten gemeint. [...]

Dmitri Peskow am 25. Oktober 2016 im Interview für »lenta.ru«; <<https://lenta.ru/news/2016/10/25/censored/>>.

»Vielleicht hat das Theater ein Kreativitätsproblem?«

Wladimir Aristarchow, stellvertretender Kulturminister
 »Die finanziellen Mittel für das Theater werden regelmäßig vergeben. [Es] bekommt Gelder. Es bekommt davon nicht weniger, sondern mehr, als früher. Im laufenden Jahr hat man über 200 Millionen Rubel bewilligt. Sobald das Geld knapp wurde, haben wir weitere 40 Millionen hinzugefügt [...] Das Theater fristet kein ärmliches Dasein, es bekommt gutes, kein schlechtes Geld. Zensur – das ist eine absurde Behauptung. Es gibt keinen einzigen Fall, in dem etwas mit uns abgestimmt [von uns genehmigt] werden musste. So etwas gab es nie und kann es gar nicht geben. Das Theater hat Probleme mit den Besucherzahlen [...] im Durchschnitt ist der Saal halbleer [...] Vielleicht haben sie ein Kreativitätsproblem? [...]

Wladimir Aristarchow am 27. Oktober 2016 im Interview für »Life.ru«; <https://life.ru/t/%D0%B7%D0%B2%D1%83%D0%BA/923289/aristarkhov_-_raikinu_ia_s_nim_nie_znakom_i_nie_obshchalsia>.

»Der Teufel verführt immer mit Freiheit«

Alexander Saldostanow, Anführer des national-patriotischen Biker-Klubs »Nachtwölfe«
 »Der Teufel verführt immer mit Freiheit! Und unter dem Deckmantel der Freiheit wollen diese »Raikins« das Land in eine Gosse verwandeln, in der Fäkalien entlangschwimmen. [...] Wir werden nicht untätig bleiben und ich werde alles machen, um uns vor der amerikanischen Demokratie zu schützen, ungeachtet aller ihrer Repressionen gegen die Freiheit, die sie in alle Welt verbreiten, wir werden diese Freiheit verteidigen. In unserem Land gibt es sie wirklich. Solche Raikins würde es in Amerika nicht geben. [...]

Ich finde es besser zu handeln als leere Reden zu schwingen. Das gehört nicht zu meinen Regeln. Bei uns ist so etwas nicht üblich – solche Ferndialoge zu führen: So nach dem Motto, ich sag ihm jetzt mal was und er antwortet mir dann. Wozu? Wenn es eine Gelegenheit gibt, sage ich ihm alles bei einem persönlichen Treffen. Das sind grundlegende Sachen, bei denen es keine Kompromisse geben darf!«

Alexander Saldostanow am 25. Oktober 2016 im Interview für »Nacionalnaja Slushba Nowostej« (dt.: »Nationale Nachrichtenagentur«); <<http://nsn.fm/culture/zaldostanov-ya-skazhu-raykinu-vse-pri-lichnoy-vstreche.php>>.

Aggression ist ein schlechtes Zeichen für unsere Gesellschaft

Oleg Tabakow, Direktor des Moskauer Künstlertheaters (MChT)
 »Mein alter Freund Kostja Raikin hat auf dem Theater-Kongress eine Rede gehalten und über unsere Probleme gesprochen. Ich war nicht dabei: Ich leite zwei Theater, eine Schule, und ich habe schon etliche Jährchen auf dem Buckel. Ich weiß, worum es im Wesentlichen in der Rede ging und sage dazu Folgendes: Nehmen Sie es dem guten Schauspieler nicht übel, er hat nur seinem Herzen Luft gemacht. Inzwischen gibt es wirklich Gestalten bei uns, die versuchen den Künstlern zu diktieren, was sie zu tun haben. Bisweilen in inakzeptabel aggressivem Ton diktieren. Diese Genossen, ich würde sie Späher, die Vorhut nennen, sprangen zum Beispiel auf die Bühne des Künstlertheaters, um eine Aufführung zu stoppen, die ihre Gefühle beleidigt. Sie glauben, da es ja keine Zensur gibt, nun die Kunst kontrollieren zu müssen. Ich bin mit allen Wassern gewaschen, habe viel gesehen, deswegen habe ich die Aufführung nicht abgesetzt. Jetzt sind einige Jahre vergangen und es hat sich herausgestellt, dass die Aufführung wunderbar läuft und viele Gäste anzieht. Von daher, aus Sicht meiner großen sowjetischen und postsowjetischen Erfahrung möchte ich einigen ungeduldigen Genossen etwas sagen: Bringt bitte keine Schweinsköpfe zum Moskauer Künstlertheater, springt nicht während der Aufführungen auf die Bühne, denkt nicht, dass ihr auf dieser Weise helft, die richtige Kunst zu schaffen. [...] Wir haben selbst viele Methoden, um darüber zu reflektieren, was wir tun, wie das Publikum auf unser Wort reagiert. Deswegen lasst uns ohne Aggression arbeiten, die für unsere Gesellschaft ein sehr schlechtes Zeichen ist.«

Oleg Tabakow am 28. Oktober 2016 während einer Preisverleihung im Künstlertheater; <<https://www.facebook.com/282717641758976/photos/a.289597571070983.76587.282717641758976/1289862037711193>>.

»Das sind Barbaren, nicht mehr und nicht weniger«

Wladimir Posner, Fernsehmoderator beim »Ersten Kanal«
 »Lieber Konstantin Raikin! Ich möchte Ihnen zu Ihrer jüngsten Rede gratulieren und Sie meiner vollen Unterstützung versichern. Ich möchte Sie bitten, die Aufschreie und Verleumdungen jener zu ignorieren, die sich aus irgendei-

nem Grund als Stimme des Volkes sehen. Ich lasse hier den Umstand unberührt, dass die Stimme des Volkes längst nicht immer Achtung verdient: Das deutsche Volk hat Hitler unterstützt, das sowjetische hat für »Volksfeinde« den »Hundetod« gefordert, obwohl diese Menschen sich nichts hatten zu Schulden kommen lassen. Die Geschichte zeigt, dass ein Regime, wenn es denn will, das Volk genau dorthin lenkt, wo es vom Regime gebraucht wird. Das Volk ist also ein schlechter Richter, wenn es um Kunst geht. Erinnern Sie sich, wie die Großen – Prokofjew, Schostakowitsch, Pasternak und Achmatowa – an den Pranger gestellt wurden, mit voller und begeisterter Unterstützung des Volkes.

Die heutigen Anwälte für die sogenannte Reinheit der Moral, die sich lautstark über die Beleidigung der Gefühle gläubiger Christen, Muslime und anderer empören, unterscheiden sich durch nichts von den IS-Fanatikern [...], die unter der Empörung der ganzen Welt einzigartige Denkmäler des Altertums zerstören und zerstören, weil sie, diese Denkmäler ihren Glauben beleidigen. Das sind Barbaren, nicht mehr und nicht weniger. [...]

Wladimir Posner am 29. Oktober 2016 auf »Pozneronline.ru«; <<http://pozneronline.ru/2016/10/17291/>>.

»Bei uns gibt es eine Kaste, die der Überzeugung ist, der Kunst sei alles erlaubt«

Ramsan Kadyrow, Oberhaupt von Tschetschenien
 »[...] ich habe mit Befremden die Worte zur Kenntnis genommen, dass die gesellschaftlichen Organisationen nicht »für die Sittlichkeit in der Kunst kämpfen sollen«. Raikin hat diejenigen als »Grüppchen beleidigter Menschen« bezeichnet, die ihre Meinung darüber äußern, dass auf einer Ausstellung Fotos von nackten Kindern gezeigt werden, die gegen die Vorführung von »Jesus Christ Superstar« eintreten, die sich über den viehischen Auftritt von Pussy Riot im Zoologischen Museum und in einer christlichen Kirche empören. Seine Rhetorik hat Konstantin Arkadjewitsch in erschreckende Beispiele aus der Vergangenheit unseres Landes verpackt. [...] Ich unterstütze in dieser Frage vollkommen den wahren Patrioten Russlands, den Freund und BRUDER Alexander Saldostanow [...] Ich verstehe nicht so ganz, wie man von Saldostanow eine Entschuldigung für die Äußerung seiner Meinung fordern kann, die in Russland von Millionen geteilt wird. Bei uns meint eine gewisse Kaste das Recht zu haben, religiöse Gefühle von Dutzenden Millionen Christen und Muslimen beleidigen zu dürfen und dabei zu behaupten, der Kunst sei alles erlaubt. [...]

Ramsan Kadyrow am 29. Oktober 2016 auf Instagram; <https://www.instagram.com/p/BMHJzU_gAoN/?taken-by=kadyrov_95>.

»Der Staat agiert in der Kulturpolitik nach dem Motto: Wer einer Dame Dinner serviert, der tanzt sie auch«

Andrej Swjaginzew, Regisseur, Autor des Films »Leviathan«
 »Es ist offensichtlich, dass im kulturellen Raum des Landes die Zensur in voller Blüte steht. Leugnen kann dies nur ein Lügner oder Ignorant. Verbot einer Aufführung, Verbot einer Ausstellung, Verbot einer Artikelveröffentlichung – das alles ist Zensur. Es ist einfach unglaublich, mit welcher Leichtigkeit heute die Begrifflichkeiten ausgetauscht werden. Keiner verzieht dabei das Gesicht. Wir sagen: »Das ist Zensur«, sie sagen: »Das ist ein Staatsauftrag.« Und zusätzlich wird uns nahegelegt, die Begrifflichkeiten nicht zu verwechseln. Sind Sie in der Lage auch nur ein Operntheater oder ein Dutzend Spielfilme nennen, die ohne Unterstützung durch den Staat gemacht wurden? Die derzeitige Lage von Wirtschaft und Kultur erlaubt dies nicht. Folgt man der Logik des Pressesprechers Peskow, für den gilt, »wenn der Staat Geld gibt ... dann bestellt er auch Kunstwerke zu diesem oder jenem Thema«, so ergibt sich, dass beinahe das ganze kulturelle Leben Russlands heute von der Staatsmacht engagiert wird.

Wer sind all diese Leute, die den Auftrag erteilen? Aristarchow und Medinskij? Oder vielleicht Jarowaja, oder Peskow? Werden die den Auftrag formulieren? Ja, es gibt Beamte, denen die Oberste Macht die Leitung des Kulturministeriums und anderer Fachbehörden übertragen hat. Aber nicht sie haben das Bolschoi-Theater oder eben das »Satrikon« geschaffen, wie auch nicht sie es waren, die die Regeln der Poetik und Ästhetik entwickelt haben und ebenso wenig die Richtungen und Strömungen der modernen Kinematografie und des zeitgenössischen Theaters mitgestaltet haben. Wie können sie Kunst in Auftrag geben? [...] Wann werden die Beamten endlich verstehen, dass ihre Aufgabe darin besteht, die Arbeit der Menschen zu organisieren und unterstützen, und nicht darin, ihnen allen ihre »Aufträge« zu erteilen?

Die Einmischung der Staatsmacht in die professionelle Tätigkeit eines jeden Spezialisten ist oft absurd, und hundert Mal absurder ist eine Einmischung in die Arbeit der Künstler. Dieser Beruf, dessen eigentliches Wesen in freiem Schaffen besteht, also der Geburt von etwas Neuem, das bis zu einem bestimmten Zeitpunkt selbst der Künstler noch nicht kennt. Wenn ein Bürokrat einem Autoren ein Thema vorgibt und dessen »richtige« künstlerische Verwirklichung

kontrolliert, schießt er mit einem gezielten Schuss in das Heiligste, das es in diesem Beruf gibt, in das Geheimnis des künstlerischen Schöpfungsprozesses.

Peskow sagt, ohne die Richtigkeit seiner Überlegung in Zweifel zu ziehen, dass wenn der Staat einem Künstler Geld gibt, dieser im Gegenzug den staatlichen Willen bedienen muss. Da gibt es, wenn Sie sich erinnern, diesen vulgären Witz: »Wer einer Dame das Dinner serviert, der tanzt sie auch.« So ungefähr ist die Vorstellung des Regimes über die Kunst. Diese Leute haben entschieden, was das Volk braucht und bestellen auf dessen Kosten ihre dürftigen Objekte. In der Regel ist das Ergebnis äußerst begrenzt, sowohl in seiner handwerklichen Leistung, in der Enge des Blickes auf den Gegenstand, auf jeden Gegenstand. Mit solchen »Aufträgen« kastrieren die Beamten den schöpferischen Gedanken, zwingen den Künstler dazu, die feinste Feder gegen den Meißel groben Handwerkerstils zu tauschen.

Herr Peskow hat die Worte Raikins über die ungeheuerlichen Taten der Menschen, die öffentlich Skulpturen demolieren und Fotos mit Urin begießen, nicht kommentiert. Dadurch hat er den Gedanken von Konstantin Raikin bestätigt: Der Staat zieht es vor, die Augen vor all dem zu verschließen. Die Ursache liegt leider auf der Hand. Die Aktivitäten dieser – sich wie Karnickel vermehrenden – gesellschaftlichen Organisationen, dieser unsittlichen Wächter der Sittlichkeit, das ist der wahre Auftrag des Staates, selbst wenn die Beleidigten aus eigener Überzeugung handeln mögen. Denn der heutige Staat gibt diesen Auftrag, nämlich das Land zu einem durchschnittlichen, einförmigen, isolationistischen und wie eine Herde gehorsamen Imperium zu verwandeln. Aggressive Außenseiter spüren einen solchen »Staatsauftrag« immer sehr gut.

Und jetzt zu dem Wichtigsten, was mich in den Worten von Peskow überrascht hat. [...] Das zentrale Merkmal, das die fehlende Moral unseres Regimes belegt, besteht eben gerade darin, dass es der vollen Überzeugung ist: das Geld, über das sie verfügen, gehört *ihnen*. Sie haben vergessen, mit welcher Leichtigkeit sie einen einfachen und offensichtlichen Gedanken aus ihrer Wahrnehmung gestrichen haben, dass es nicht nämlich *ihr*, sondern *unser* Geld ist. Gemeinschaftliches. Das Geld, mit dem sie ihre Agitations-Stückchen bestellen, kommt vom Volk. [...]

Und solange ihr den Willen des Volkes erfüllt und euer Gehalt aus den Geldern des Volks bekommt, solange seid ihr wie wir, Bürger unseres Landes; helft den freien Künstlern ihre Arbeit zu machen und stört sie nicht dabei. Versteht doch endlich, dass die eure »Aufträge« nicht wollen. Sie wollen weder das Dinner mit euch, noch den Tanz...«
Andrej Sujaginzew am 26. Oktober 2016 bei »Kommersant«; <<http://kommersant.ru/doc/3126654>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Geschichtsdiskussionen als Politikersatz

Jens Siegert, Moskau

Die zunehmende Verstaatlichung der Geschichte in Russland ist in diesen Notizen in den vergangenen Jahren immer wieder Thema gewesen. Vor drei Jahren schrieb ich darüber, wie der russische Staat komplizierte Geschichtserzählungen scheut und es lieber einfach haben möchte (<http://russland.boellblog.org/2013/10/30/russische-erinnerung-bisher-lieber-einfach-als-kompliziert/>). Immer wieder postuliert Wladimir Putin, es könne »nur eine Wahrheit« geben. Der russische Staat brauche eine »eindeutige Geschichtserzählung«. Kulturminister Wladimir Medinskij geht sogar noch weiter. Er findet historische Fakten eher hinderlich. Jedenfalls dann, wenn sie den russischen Staat und seine Bürger nicht im positiven

Licht erscheinen lassen. Exemplarisch wurde das am Streit über die sogenannten »Panfilowzy«, über 28 Soldaten, die, so der sowjetische Mythos, beim deutschen Angriff auf Moskau im Winter 1941 heldenhaft fast ohne Waffen 18 deutsche Panzer aufgehalten haben und dabei umgekommen sein sollen. Der Mythos ist längst widerlegt, aber für Medinskij ist die Erinnerung an die »Panfilowzy« trotzdem »heilig« (<http://russland.boellblog.org/2015/09/23/denkmaeler-vaterlaendische-legenden-und-gedenken-an-die-opfer-politischer-repression-zwei-schritte-zurueck-einhalb-nach-vorn/>).

Aus diesem Narrativ des »heiligen« Siegs über den deutschen Nationalsozialismus, das absolute Böse des

20. Jahrhunderts, zieht der russische Staat als Nachfolger der Sieger heute einen großen Teil seiner moralischen Legitimation. Das wäre wahrscheinlich bequem und wenig angefochten, schöbe sich da im weniger öffentlichen, im privaten Gedächtnis der allermeisten Menschen in Russland nicht eine andere Erinnerung dazwischen: die Erinnerung an die vielen Millionen Opfer politischer Verfolgung durch den sowjetischen Staat. Diese Erinnerung gibt es in fast jeder Familie. Das weiß natürlich auch der Kreml. Allerdings lassen sich beide Erinnerungen nur sehr schwer in einer kohärenten Geschichtspolitik zusammenbringen. Das hat weniger damit zu tun, dass das grundsätzlich nicht ginge, sondern vielmehr mit der Funktion des Siegesgedächtnis als ethisches Fegefeuer. Dieser fast heilige Nimbus des Siegs im Zweiten Weltkrieg, im in Russland so genannten »Großen Vaterländischen Krieg«, wird von der politischen Führung dazu genutzt, ihr Handeln als grundsätzlich »gut«, unhinterfragbar und damit alternativlos erscheinen zu lassen.

Im Ergebnis stehen sich das dominante Siegesgedächtnis und das eher verschämte Gedenken an die Opfer des sowjetischen, vor allem aber des stalinistischen Staates weitgehend unverbunden gegenüber. Die staatliche Geschichtspolitik wirkt eklektisch. Auf der einen, der dominierenden Seite führt die Vorstellung eines ethisch reinen Siegs ohne Kosten in Zusammenhang mit der Idee eines stets bedrohten Landes als belagerter Festung unweigerlich dazu, Stück für Stück alle Tabus rund um Stalin auszuhebeln. Inzwischen ist es bereits wieder soweit, dass es im öffentlichen Diskurs nicht mehr unanständig ist, sich positiv auf Stalin zu beziehen, sondern normal. Auf der anderen Seite ist es aber auch erklärte Staatspolitik, das Gedenken an die Opfer politischer Verfolgung hochzuhalten.

Ende Oktober 2007 besuchte Putin (als Präsident) den Erschießungsplatz von Butowo im Süden von Moskau, auf dem während des Großen Terrors von 1937/38 mehr als 20.000 Moskauer und Moskauerinnen erschossen und verscharrt wurden. Putin sagte, von dem, was hier geschehen sei, könne einem »schwindelig werden«. Man müsse alles tun, dass sich das nicht wiederhole. 2009 erklärte Dmitrij Medwedew (als Präsident) im Vorfeld des Siegestages am 9. Mai, das Gedenken an die Opfer politischer Verfolgung sei »ebenso heilig« wie die Erinnerung an den Sieg. Im Sommer 2015 verabschiedete die Regierung unter Medwedew (nun als Ministerpräsident) dann eine »Konzeption der staatlichen Politik zur Verewigung des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung«, an der zahlreiche Experten, darunter auch durchaus kritische und oppositionelle, mehrere Jahre gearbeitet hatten. Am 9. März 2016 dann unterzeichnete Putin (als Präsident) ein entsprechendes Gesetz. Kern-

punkt der Konzeption ist die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte in Moskau.

Nun kann man durchaus zu dem Schluss kommen, dass alles sei angesichts der dominanten autoritären Entwicklungsrichtung der russischen Politik wenig aufrichtig, wie auch die in den vergangenen Jahren stetig gewachsene Zahl der politischen Gefangenen zeigt (das Menschenrechtszentrum Memorial zum Beispiel zählt dieses Jahr 120 politische Gefangene in Russland, während es 2015 noch 50 waren). Doch ist Aufrichtigkeit bei politischem Handeln eher seltener die bestimmende Kategorie. Das Nebeneinander schlecht bis schwierig vereinbarer Erinnerungspolitiken ergibt sich eher daraus, dass es einen zumindest einen großen Teil des Landes einigenden Diskurs über die Verbrechen des totalitären sowjetischen Staates nie gegeben hat. So stehen zwei Gedächtnisse, das der Opfer und das der Täter und Mitläufer, weitgehend unvermittelt nebeneinander. Das ist eine Spaltung, die oft sogar durch einzelne Personen geht. Der Kreml versucht mit seinem (dominanten) Ja und seinem (eher verdrucksten) Aber beiden Erinnerungen Raum zu geben, um sie so kontrollieren zu können. Das mag damit zusammenhängen, dass die Erinnerung an die Opfer des Terrors zwar politisch minoritär ist, aber angesichts der schieren Anzahl der Opfer (vor allem, aber nicht nur stalinistischer Verfolgung) doch ein großes und stetiges Unruhepotential enthält.

Bis vor Kurzem hat diese Strategie des Teile und Herrsche auch ganz gut funktioniert. Doch die ideologische Wende im Zuge der Krim-Annexion und des Kriegs in der Ukraine haben das fein austarierte Gleichgewicht aus dem Lot gebracht. Während früher Büsten und Denkmäler sowjetischer Henker meist ein wenig verschämt in halböffentlichen Räumen aufgestellt wurden (das bekannteste Beispiel ist ein vergoldeter Kopf des Gründers der Tscheke, Felix Dscherschinskij, zwar von der Straße vor dem Hauptquartier der Moskauer Polizei in der Petrowkastraße 38 sichtbar, aber eben hinter dem Wachhäuschen mit Eingangskontrolle), ist das Stalingedenken vom Trend zu einem respektablen Trend geworden. Das wäre wahrscheinlich mit der Zeit auch ohnehin passiert, aber nun entwickelt sich alles viel schneller und dynamischer, weil ein Pol, der nationalistische, sowjetische, imperialistische, die Überhand gewinnt. Immer mehr Überzeugungstäter sehen Zeit und Chance zum Handeln gekommen. Immer mehr Opportunisten glauben, die Zeit des Gleichgewichts sei vorbei und es werde nun streng weiter in eine national-patriotische Richtung gehen. Das Ergebnis ist oft in Stein gehauen oder in Metall gegossen.

Während der Staat, trotz aller nationalistischen und Großmachtrhetorik, auch immer noch über das Gedenken der Opfer redet, tauchen gleichzeitig an allen Ecken

und Enden des Landes Initiativen auf, den Henkern Denkmäler zu errichten. Oft ist kaum zu unterscheiden, wo Eigeninitiative (man könnte fast sagen »staatsbürgerliche« Initiative) dahinter steckt und wo bewusste staatliche Politik. Oft kommt diese Eigeninitiative aus den Niederungen eben dieses Staates, der von oben ständig den Kampf gegen alles angeblich »Fremde« und »Feindliche« schürt. Der Schwerpunkt der Geschichtsauseinandersetzung in Russland hat sich von den Planungsstuben des Kremls Richtung Straße bewegt. Nur einige Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate sollen hier als Illustration dienen.

In der Kleinstadt Rschew, gut 200 Kilometer westlich von Moskau gelegen, wurde im Sommer eine Stalinbüste errichtet. Mit beteiligt war die Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft, der immerhin Kulturminister Medinskij vorsitzt, was der Angelegenheit offizielle Weihen verlieh.

In Uchta, einer Stadt in der Republik Komi im europäischen Norden des Landes, stellten die örtlichen Kommunisten ein Stalindenkmal auf, offensichtlich ohne sich der administrativen Unterstützung zu versichern. Jedenfalls wurde das Denkmal kurze Zeit später von der Stadtverwaltung als Bauwerk ohne Baugenehmigung wieder demontiert. Nun ist die Komi-Republik aber auch eine besondere Gegend. Die Städte des zuvor fast ausschließlich von Nomaden bewohnten Landes wurden in der Zeit der stalinschen gewaltsamen Modernisierung der Sowjetunion vor allem von Gulag-Gefangenen und Verbannten aufgebaut. Eine Erinnerung, die dort, vermittelt oft durch Familienerzählungen, immer noch viel unmittelbarer und lebendiger ist, als in vielen anderen Teilen des Landes.

Richtig große Wellen schlug dann Mitte Oktober die Enthüllung eines Denkmals für Iwan IV., den »Schrecklichen«, in der zentralrussischen Stadt Orjol. Selbstverständlich geht es auch hier weniger um einen Zaren am Ausgang des russischen Mittelalters als vielmehr um ein ganz zeitgemäßes Statement. Iwan steht (ebenso wie der Stalin der seit etwa zehn Jahren sich entwickelnden offiziellen Historiographie) für einen grausamen Herrschaftsstil, der auf eine starke Zentralgewalt setzt, gegen die eigenen Eliten (heute würde man sagen, populistischen) Terror entfacht und das Land so zu neuen Großmachthöhen führt. Einen in Russland beliebten Dreisatz variierend, könnte man sagen, es gehe um »Territorium, Souveränität und Alleinherrschaft«. Ein Schelm, wer in dieser Beschreibung Wladimir Putin wiederzuerkennen meint.

Allerdings gibt es auch eine Gegenbewegung, wie schon das Beispiel des Stalindenkmals in Uchta zeigte.

In der Nähe der sibirischen Kleinstadt Kansk, in der Region Krasnojarsk, viele Tausend Kilometer von Orjol entfernt, stellte der Künstler Wladislaw Gultajew als Antwort einen am oberen Ende blutrot angestrichenen Holzpfehl auf und behauptete, das sei Iwan der Schreckliche. Der Pfehl stand allerdings nicht lange. Schon nach ein paar Tagen sägten ihn Unbekannte nachts ab. Nun ist nur noch der Stumpf zu sehen.

In Moskau kamen am vergangenen Wochenende, einen Tag vor dem offiziellen Gedenktage für die Opfer politischer Verfolgung, weit mehr Menschen als in den Vorjahren zur alljährlichen von Memorial organisierten Aktion »Rückgabe der Namen«. Dabei werden schon seit mehr als zehn Jahren jeweils am 29. Oktober von vielen Tausenden freiwilligen die Namen von Opfern der Verfolgungen verlesen. Wer kommt, kann sich von Memorial vorbereiteter Listen bedienen oder aber auch selbst zusammengestellte Namen verlesen. Die Aktion findet im Stadtzentrum am sogenannten »Solowezker Stein« statt. Dieser Findling wurde 1991 von den Solowki-Inseln im Weißen Meer als vorläufiges Denkmal auf den Lubjanka-Platz vor dem KGB-Hauptquartier nach Moskau gebracht. Dort, im Hohen Norden, hatten die Bolschewiki in den 1920er Jahren das erste Straflager für politische Gefangene errichtet, in dem viele der grausamen Praktiken des späteren Gulag ausprobiert wurden.

Die Geschichtsauseinandersetzung in Russland hat also an Heftigkeit zugenommen. Die erneute Spaltung des Landes in »unsere« und »andere«, in »Patrioten« und »Feinde« hat in vielen Teilen der Gesellschaft zu einer Mobilisierung geführt, die nach der Enttäuschung nach den Protesten im Winter 2011/2012 kaum jemand erwartet hat. Der Moskauer Journalist Maxim Trudoljubow vermutet in einem Facebookeintrag, dass das eine Art Ersatzhandlung ist, dass die Geschichtsdiskussion die Stelle von öffentlicher Politik eingenommen hat. Denn die politische Machtauseinandersetzung wurde vom Kreml in den vergangenen Jahren immer weiter monopolisiert und abweichende, konkurrierende Akteure wurden (aus dem Land) hinausgedrängt, marginalisiert und, in einigen Fällen, in Gefängnis gesteckt oder gar ermordet. Hinzu kommt, dass das in demokratischen Ländern meist vorherrschende Rechts-Links-Schema durch die Sowjetunion gründlich diskreditiert wurde. Die politische Orientierung in der russischen Gesellschaft (und damit auch die Spaltung) erfolgt heute entlang des Gegensatzes, für oder gegen Stalin zu sein. Die historischen Figuren funktionieren dabei wie Leitungen, durch die der politische Strom fließt.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

21. Oktober – 3. November 202016

21.10.2016	Bei einem Hubschrauberabsturz nahe der Stadt Nowyj Urengoj im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen kommen 19 Menschen ums Leben. An Bord des Hubschraubers vom Typ Mi-8 waren Arbeiter eines Subunternehmers des Ölkonzerns »Rosneft«.
21.10.2016	Der russische Generalstab teilt mit, dass die Feuerpause in der syrischen Stadt Aleppo um einen Tag verlängert wird. Sie soll nun am 22.10. um 19 Uhr enden.
22.10.2016	Präsident Wladimir Putin ersetzt Tatjana Woronowa, die Leiterin der Abteilung für Innenpolitik der Präsidialadministration durch Andrej Jarin.
23.10.2016	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak und sein Amtskollege aus Saudi Arabien verständigen sich während eines Treffens auf eine Vertiefung der technologischen Zusammenarbeit beider Länder auf dem Energiemarkt und über eine Reihe von gemeinsamen Projekten, deren Inhalt in der nächsten Zeit bekannt gegeben werden soll.
23.10.2016	In der Stadt Nishnij Nowgorod erschießen Sicherheitsbeamte zwei mutmaßliche Terroristen, die laut offizieller Angaben bei einer Autokontrolle das Feuer eröffnet haben. Einige Tage darauf erklärt sich nach Angaben der »SITE Intelligence Group« die Terrormiliz »Islamischer Staat« für den Angriff verantwortlich.
24.10.2016	Konstantin Rajkin, Leiter des Theaters »Satirikon« in Moskau, hält auf dem Kongress der russischen Theater-schaffenden eine Rede, in der er auf Zensur und staatliche Einflussnahme im russischen Kultur- und Kunstbetrieb aufmerksam macht und die Zunahme von Angriffen auf die Freiheit der Kunst kritisiert.
24.10.2016	Die Zeitung »Kommersant« berichtet unter Bezug auf einen Teilnehmer einer Versammlung von Prorektoren russischer Hochschulen, dass an russischen Universitäten im Auftrag der Regierung eine geheime Studie zum Protestpotenzial unter Studenten und Professoren durchgeführt wird. Der Pressesprecher des Präsidenten Dmi-trij Pekow weist diese Meldung als falsch zurück.
26.10.2016	Präsident Wladimir Putin nimmt in Jalta am regionalen »Aktionsforum« (»Forum dejstwij«) der Allrussischen Volksfront teil. Auf der Tagesordnung stehen die Energie- und Gasversorgung, die Entwicklung des agroindus-triellen Komplexes sowie weitere wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven der Krim.
26.10.2016	Das russische Verteidigungsministerium dementiert, dass es eine Anfrage zur Betankung russischer Kriegs-schiffe in der spanischen Exklave Ceuta in Nordafrika gestellt habe. Das spanische Außenministerium hatte zuvor erklärt, es werde eine russische Anfrage zur Betankung prüfen. Die spanische Haltung hatte in der NATO massive Kritik ausgelöst.
26.10.2016	Das Gericht des Twerskij-Rayons in Moskau verurteilt das unabhängige Meinungsforschungsinstitut »Lewada-Zentrum« zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel, da es sich nicht selbst als »ausländischer Agent« hatte regis-trieren lassen.
27.10.2016	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt den ehemaligen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Andrej Belja-jew wegen Hochverrats zu 12 Jahren Strafkolonie mit strengen Haftbedingungen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.
27.10.2016	Russland weist Vorwürfe zurück, an dem Luftangriff auf eine Schule in der syrischen Provinz Idlib im Nord-westen des Landes beteiligt gewesen zu sein, bei dem am Vortag 35 Menschen ums Leben gekommen waren. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte hatte syrische oder russische Kampfflugzeuge für die Atta-cken verantwortlich gemacht.
28.10.2016	Russland kann bei der Wahl zur Neubesetzung des UN Menschenrechtsrats in New York seinen Sitz nicht behal-ten. In der Osteuropagruppe erhalten Ungarn und Kroatien jeweils einen der neu zu besetzenden Sitze. Anfang der Woche hatten mehr als 80 Menschenrechts- und Hilfsorganisationen dazu aufgerufen, Russland wegen sei-ner Rolle im Syrienkonflikt, nicht mehr in das UN-Gremium zu wählen.
28.10.2016	Eine Reihe von Intellektuellen und Menschenrechtlern unterzeichnen einen offenen Brief, in dem sie dem Regis-seur Konstantin Rajkin ihre Solidarität aussprechen, der zuvor in einer Rede eine zunehmende Zensur der Kunst kritisiert und damit eine heftige Debatte ausgelöst hatte.
28.10.2016	Die US-amerikanische Staatsanwaltschaft erklärt, dass die Untersuchungen zum Tod Michail Lesins abge-schlossen sind. Dem Untersuchungsbericht zufolge ist Lesin nicht durch Fremdeinwirkung gestorben, sondern infolge mehrerer Stürze in seinem Hotelzimmer, die auf einen erhöhten Alkoholkonsum zurückgeführt wer-den. Damit widerspricht sie Spekulationen, es habe sich um einen politischen Mord gehandelt. Lesin war von 1999–2004 Medienminister, 2005–2008 Berater des Präsidenten und 2014–2015 Generaldirektor der »Gaz-prom Media«-Holding gewesen.

29.10.2016	Rund 200 Menschen nehmen in Moskau an einer Protestaktion von Veteranen und pensionierten Armeeingehörigen teil und fordern die sichere Versorgung ehemaliger Armeeingehöriger mit Wohnraum.
29.10.2016	Rund 200 Menschen gedenken in Moskau der Opfer des stalinistischen Terrors in den 1930er Jahren. Während der Gedenkveranstaltung werden Namen der Opfer verlesen. Organisiert wird die Gedenkfeier von der Organisation Memorial.
31.10.2016	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, mit dem das Abkommen mit den USA zur Beseitigung von atomwaffenfähigem Plutonium ausgesetzt wird. Das Gesetz, das am 19.10. 2016 in der Duma verabschiedet worden war, tritt damit in Kraft.
31.10.2016	Präsident Wladimir Putin entlässt vier Generäle des Innenministeriums: den Assistenten des Innenministers, Generalmajor Andrej Grankin, den Leiter des Innenministeriums Baschkortostans, Generalmajor Michail Sakomaldin, den Hauptinspektor des Innenministeriums, Generalleutnant Jewgenij Martynow, sowie den Ersten Stellvertretenden Oberbefehlshaber der Inlandsstreitkräfte, Alexandr Butin. Im Zuge des gleichen Erlasses wird zudem der Staatsanwalt des Leningrader Gebiets, Stanislaw Iwanow, entlassen.
31.10.2016	Auf Anordnung des Präsidenten Petro Poroschenko tritt eine um 335 Personen und 20167 Organisationen aus Russland erweiterte Sanktionsliste der Ukraine in Kraft.
01.11.2016	Die Zeitung »Medusa« veröffentlicht einen Brief des inhaftierten Oppositionellen Ildar Dadin, in dem dieser über von der Lagerleitung angeordnete Prügel und Folter in der Haft berichtet. Das Untersuchungskomitee leitet daraufhin eine Untersuchung ein. Dardin war wegen nicht genehmigter Demonstrationen zu drei Jahren Straflager verurteilt worden und befindet sich derzeit in der Strafkolonie IK-17 in der Republik Karelien.
02.11.2016	Die Immobilienabteilung der Moskauer Stadtverwaltung schließt ohne Vorankündigung das Moskauer Büro der Menschenrechtsorganisation »Amnesty International«. Die Räume werden über Nacht versiegelt. Laut Behördenangaben ist die Organisation bei der Miete im Zahlungsrückstand und habe mehrere schriftliche Mahnungen ignoriert. Die Organisation bestreitet dies.
02.11.2016	Präsident Wladimir Putin ordnet erneut eine Feuerpause in der syrischen Stadt Aleppo an, die am 4. November von 9 bis 19 Uhr gelten soll.
03.11.2016	Die Duma verabschiedet dritter Lesung ein Anti-Doping-Gesetz, das den Dopingmissbrauch im Sport sanktionieren soll und auch Haftstrafen dafür einführt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>